



14. Landesparteitag

4. Tagung

8. Dezember 2018, Radebeul

Arbeitsheft 1

- R. Regularien
- B. Berichte
- C. Sachanträge
- F. Parteiinterna

DIE LINKE.
LANDESVERBAND SACHSEN

Inhaltsverzeichnis

Informationen	5
R. Regularien	
R.1. Vorläufige Tagesordnung	8
R.2. Vorläufiger Zeitplan	9
R.3. Vorschlag zur Geschäftsordnung	11
R.4. Vorschlag zu den Arbeitsgremien	15
B. Berichte	
B.1. <i>(Dieser Bericht ist intern und daher nur in der gedruckten bzw. E-Mail-Form einsehbar.)</i>	17
C. Sachanträge	
C.1. Mit Solidarität und Standhaftigkeit: Gemeinsam verändern wir das Land! - Unsere Schwerpunkte für die Landtagswahl 2019	18
C.2. Solidarität. Hier, in Europa!	23
C.3. Wohnungspolitisches Konzept für Sachsen	32
F. Parteiinterna	
F.1. Vereinbarung mit den Kandidierenden zur Landtagswahl 2019 + Anhang	46

Liebe Delegierte zum 14. Landesparteitag,
liebe Berater*innen,
liebe Gäste,

ihr habt bereits vor einigen Tagen die Einladung zur 4. Tagung des 14. Landesparteitages der sächsischen LINKEN am **8. Dezember 2018** in Radebeul erhalten. Die Tagung findet im **Historischen Güterboden / Tagungszentrum der Sächsischen Wirtschaft, Am Alten Güterboden 3, 01445 Radebeul** statt.

Heute erhaltet ihr das erste Arbeitsheft. Diese beinhaltet alle bis zum Antragsschluss eingereichten **Anträge** für die 4. Tagung des 14. Landesparteitages.

Darüber hinaus findet ihr im Heft die **Regularien** für die 4. Tagung des 14. Landesparteitages: die Geschäftsordnung, die Vorschläge zur Tagesordnung und zum Zeitplan sowie die Vorschläge zur Besetzung der Arbeitsgremien.

Ein langer Weg zur Bestimmung unserer inhaltlichen Schwerpunkte für die Landtagswahl und zur Spitzenkandidatur liegt hinter uns. Auf 13 Regionalkonferenzen haben unsere Mitglieder Thesen für die Schwerpunkte zur Landtagswahl entwickelt und beraten. Die Antrags- und Redaktionskommission hat aus diesen Thesen 15 für die Mitgliederbefragung ausgewählt. Schließlich waren alle unsere Mitglieder dazu aufgerufen, sich an Mitgliederentscheid und -befragung zu beteiligen. Die Ergebnisse liegen uns am 1. Dezember 2018 vor. Neben der Beratung und Beschlussfassung der in der Mitgliederbefragung präferierten **Schwerpunkte für die Landtagswahl 2019** werden wir uns auf dem Parteitag aber auch mit der **Europa- und Kommunalwahl 2019** befassen. Außerdem werden wir auch ein **Wohnungspolitisches Konzept für Sachsen** behandeln.

In meiner Funktion als Landesgeschäftsführer bin ich für die **Organisation** des Landesparteitages verantwortlich. Auf dem Parteitag selbst laufen die organisatorischen Fäden daher bei mir zusammen.

Technisch-organisatorische Fragen könnt ihr mit mir (0163 / 607 93 01) und Juliana Schielke (0178 / 81 60 600) klären. Auf dem Landesparteitag selbst sind wir über die Nummer der Landesgeschäftsstelle (0351 / 85 32 70) per Rufumleitung erreichbar.

Ansprechpartnerinnen für die **Antrags- und Redaktionskommission** sind Doreen Marz-Schäffner und Katharina Hanser. Der Ansprechpartnerin für die **Wahlkommission** ist Juliana Schielke. Als Ansprechpartner für **Medienvertreter*innen** steht Tilman Loos (0176 / 203 032 59) zur Verfügung.

Die **Anmeldung** für alle Delegierten, Berater*innen und Gäste ist ab 9.00 Uhr möglich. Ansprechpartner für die **Mandatsprüfungskommission** und **Mandatsfragen** ist Tino Wehner.

Im Saal selbst könnt ihr Änderungsanträge, Dringlichkeitsanträge und Wortmeldungen am **Infotisch** abgeben. Diesen findet ihr neben der Bühne vorne im Saal. Steffi Deutschmann hilft euch dort gern bei organisatorischen Fragen weiter.

Individuelle **Kopierarbeiten** können in geringem Umfang realisiert werden. Bitte wendet euch hierfür an Mirko Schäffner am Infostand des Landesvorstandes (im Foyer).

Der Hashtag für die 4. Tagung des 14. Landesparteitages lautet: #14lpt4

Im Anschluss an die Beratung des Landesparteitages, die gegen 14.30 Uhr enden soll, findet eine gemeinsame Beratung des Landesvorstandes, des Landesrates, der Kreisvorsitzenden und des Fraktionsvorstandes statt. Ziel ist die Beratung und Verabschiedung des Finanzplanes 2019. Selbstverständlich könnt ihr, sofern ihr diesem Gremium nicht angehört, an der Beratung als Gäste teilnehmen.



Thomas Dudzak
Landesgeschäftsführer

Anfahrtsbeschreibung Historischer Güterboden Radebeul

Am Alten Güterboden 3 / 01445 Radebeul

von der Autobahn A4:

- Abfahrt (79) Neustadt (*aus Osten kommend*)
oder
Abfahrt (79) Neustadt (*aus Westen kommend und bei nächster Gelegenheit wenden*)
- weiter Richtung Westen auf der Kötzschenbroder Straße
- nach 1,8 km rechts auf Spitzhausstraße abbiegen
- der Verkehrsführung (Kaditzer Straße) weiter folgen
- danach rechts halten (Schildenstraße)
- nach 130 m rechts in die Gartenstraße und gleich wieder links auf die Hauptstraße abbiegen
- nach der Brücke 2x rechts abbiegen und vorm Alten Güterboden die Parkplätze finden

Tipp für Navi:

- Sollte das Navigationssystem die Zieladresse „Am Alten Güterboden 3“ in Radebeul noch nicht kennen, versucht es bitte mit „Sidonienstraße 1“.



via Eisenbahn:

- bis Bahnhof Radebeul-Ost
- Das Objekt liegt direkt am Bahnhof.

via Straßenbahn:

- mit der Linie (4) bis Haltestelle Radebeul-Zinzendorf
- die Zinzendorfstraße einbiegen
- Das Objekt liegt direkt am Ende der Zinzendorfstraße.

QR-Code - Parteitags-Objekt:

DIE LINKE. Sachsen**4. Tagung des 14. Landesparteitages****R. Regularien an die 4. Tagung des 14. Landesparteitages****R.1. Vorläufige Tagesordnung**Einreicher*in: Landesvorstand

Der Landesparteitag möge die folgende Tagesordnung beschließen:

1. ggf. Nominierung der/des Spitzenkandidat*in der LINKEN. Sachsen für die Landtagswahl 2019
2. Beschluss über die inhaltlichen Schwerpunkte der LINKEN. Sachsen für die Landtagswahl 2019
3. ggf. Beratung und Beschlussfassung weiterer Anträge an den Landesparteitag
4. ggf. Nachwahlen für Organe der LINKEN Sachsen

Entscheidung des Parteitages

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

DIE LINKE. Sachsen**4. Tagung des 14. Landesparteitages****R. Regularien an die 4. Tagung des 14. Landesparteitages****R.2. Vorläufiger Zeitplan**

Einreicher*in: Landesvorstand

Der Landesparteitag möge den folgenden Zeitplan beschließen:

10:00 – 10:10 Uhr	Eröffnung des Landesparteitages durch ein Neumitglied
10:10 – 10:50 Uhr	Konstituierung des Landesparteitages <ul style="list-style-type: none"> • Abstimmung über das Tagungspräsidium • Abstimmung über die Antrags- und Redaktionskommission • Abstimmung über die Wahlkommission und der/des Vorsitzenden der Wahlkommission • Abstimmung über die Mandatsprüfungskommission • Beschluss über die Tagesordnung und den Zeitplan • Beschluss über die Geschäftsordnung
10:50 – 11:20 Uhr	Diskussion und Beschlussfassung Sachanträge Europa und Kommunales
11:20 – 11:30 Uhr	Bericht der Wahlkommission zum Mitgliederentscheid
11:30 – 12:00 Uhr	Rede des Spitzenkandidaten zur Landtagswahl 2019
12:00 – 12:45 Uhr	Mittagspause
12:45 – 13:00 Uhr	Bericht der Antrags- und Redaktionskommission zur Mitgliederbefragung
13:00 – 14:00 Uhr	Diskussion und Beschluss des Antrages „Schwerpunkte für die Landtagswahl 2019“ Einbringung: Landesvorsitzende Antje Feiks (15 min)
14:00 – 15:00 Uhr	Behandlung weiterer Anträge, Berichte, ggf. Nachwahlen zu Gremien der Landespartei
15:00 Uhr	Schlussworte

Alternativplanung*

10:00 – 10:10 Uhr	Eröffnung des Landesparteitages durch ein Neumitglied
10:10 – 10:40 Uhr	Konstituierung des Landesparteitages <ul style="list-style-type: none"> • Abstimmung über das Tagungspräsidium • Abstimmung über die Antrags- und Redaktionskommission • Abstimmung über die Wahlkommission und der/des Vorsitzenden der Wahlkommission

- Abstimmung über die Mandatsprüfungskommission
- Beschluss über die Tagesordnung und den Zeitplan
- Beschluss über die Geschäftsordnung

10:40 – 11:10 Uhr	Diskussion und Beschlussfassung Sachanträge Europa und Kommunales
11:10 – 11:20 Uhr	Bericht der Wahlkommission zum Mitgliederentscheid
11:20 – 12:00 Uhr	Vorstellung des / der BewerberInnen für die Spitzenkandidatur zur Landtagswahl 2019 und Nominierung der/des SpitzenkandidatIn Vorstellungszeit: 10 Minuten
12:00 – 12:45 Uhr	Mittagspause
12:45 – 13:00 Uhr	Bericht der Antrags- und Redaktionskommission zur Mitgliederbefragung
13:00 – 14:00 Uhr	Diskussion und Beschluss des Antrages „Schwerpunkte für die Landtagswahl 2019“ Einbringung: Landesvorsitzende Antje Feiks (15 min)
14:00 – 15:00 Uhr	Behandlung weiterer Anträge, Berichte, ggf. Nachwahlen zu Gremien der Landespartei
15:00 Uhr	Schlussworte

* Die Alternativplanung ist nur dann relevant, sollte der Bewerber für die Spitzenkandidatur die erforderliche absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen im Mitgliederentscheid verfehlen.

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

DIE LINKE. Sachsen

4. Tagung des 14. Landesparteitages

R. Regularien an die 4. Tagung des 14. Landesparteitages

R.3. Vorschlag zur Geschäftsordnung

Einreicher*in: Landesvorstand

Der Landesparteitag möge folgende Geschäftsordnung beschließen:

I. Allgemeines

- (1) Der Landesparteitag ist **beschlussfähig**, wenn mehr als die Hälfte der gewählten Delegierten mit beschließender Stimme laut Anwesenheitsliste anwesend oder durch Ersatzdelegierte vertreten ist.
- (2) Alle Delegierten und die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit beratender Stimme haben **Antrags- und Rederecht**. Das **aktive Stimmrecht** bei Wahlen und Abstimmungen haben nur Delegierte mit beschließender Stimme. Mitglieder von Arbeitskreisen und Kommissionen des Landesparteitages haben Rederecht. Gäste des Landesparteitages haben Rederecht. Über die Aussetzung entscheidet auf Antrag der Landesparteitag.
- (3) **Beschlüsse** des Landesparteitages werden grundsätzlich mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst, sofern die Satzung oder diese Geschäftsordnung nicht anderes vorschreiben. Stimmenenthaltungen bleiben dabei unberücksichtigt. Stimmgleichheit gilt als Ablehnung. Abstimmungen erfolgen durch Erheben der Stimmkarten oder elektronische Abstimmung. Das Tagungspräsidium setzt ggf. zur Auszählung der Stimmen Zählerinnen und Zähler ein.
- (4) Wahlen zu Organen des Landesverbandes können elektronisch durchgeführt werden.

II. Leitung/Arbeitsgremien/Aufgaben und Befugnisse

- (5) **Geschäftsordnung, Tagesordnung und Zeitplan** werden zu Beginn der Tagung des Landesparteitages beschlossen. Über **Änderungen der Tagesordnung, des Zeitplanes oder der Geschäftsordnung** während des Verlaufes der Tagung bedarf es eines Antrages über welchen nach begrenzter Debatte der Landesparteitag entscheidet.
- (6) Der Landesparteitag wird von einem **Tagungspräsidium** geleitet. Das Tagungspräsidium wird in offener Abstimmung gewählt. Für die Zusammensetzung des Tagungspräsidiums unterbreitet der Landesvorstand einen Personalvorschlag. Werden gegen einzelne Kandidatinnen oder Kandidaten Einwände vorgebracht, so wird über deren Verbleiben auf der Liste der Kandidatinnen und Kandidaten in offener Abstimmung entschieden. Ebenso können zusätzliche Kandidatinnen oder Kandidaten nominiert werden. Über die so zustande gekommene Liste wird offen und im Block abgestimmt.
- (7) Der Landesparteitag wählt neben dem Tagungspräsidium **weitere Arbeitsgremien**:
 - die Mandatsprüfungskommission,
 - die Wahlkommission,

- die Antrags- und Redaktionskommission.

Der Landesparteitag kann weitere Arbeitskreise und Kommissionen in offener oder geheimer Abstimmung wählen.

Der Landesvorstand beruft rechtzeitig im Vorfeld des Landesparteitages die Antrags- und Redaktionskommission und benennt mit der Berufung zwei SprecherInnen. Die Bestätigung der Antrags- und Redaktionskommission obliegt dem Landesparteitag.

- (8) Die **Arbeitsgremien** werden in offener Abstimmung im Block gewählt. Dazu unterbreitet das Tagungspräsidium Vorschläge, die vom Landesvorstand in Abstimmung mit den Stadt- und Kreisvorständen und den AG/IG/Plattformen vorbereitet werden. Auf Antrag können Kandidatinnen und Kandidaten mit Mehrheit von der Vorschlagsliste abgewählt werden. Offene Plätze werden in offener Einzelwahl auf Vorschlag der Tagungsleitung besetzt. Zu Mitgliedern der Arbeitsgremien bzw. von Arbeitskreisen und Kommissionen des Landesparteitages können Delegierte, Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit beratender Stimme und andere Parteimitglieder gewählt werden.

III. Regeln in der Debatte

- (9) Das Tagungspräsidium leitet den Landesparteitag. Es bestimmt aus seiner Mitte die jeweilige **Tagungsleitung**. Die Tagungsleitung ruft die Tagesordnungspunkte und die dazugehörigen Beschlussvorlagen auf, leitet die Beschlussfassung, erteilt das Wort, kann Rednerinnen und Redner zur Sache rufen und muss ihnen das Wort entziehen, wenn sie die Redezeit überschreiten oder vom aufgerufenen Thema abweichen. Die Tagungsleitung hat das Recht, im Zweifelsfall die Geschäftsordnung auszulegen und die Verhandlungen zu unterbrechen, um das Tagungspräsidium einzuberufen. Über die Redezeiten beschließt der Landesparteitag am Beginn jedes Tagesordnungspunktes auf Vorschlag des Tagungspräsidiums.
- (10) **Wortmeldungen** können bis zum Ende der jeweiligen Debatte bei der Tagungsleitung (Informationstisch im Saal) schriftlich abgegeben werden. Die Redner*innen werden durch die Tagungsleitung quotiert gelost. Jede*r darf nur eine Wortmeldung pro Debatte abgeben. Das sicherzustellen, ist Aufgabe des Tagungspräsidiums.

Die Zurücknahme von Wortmeldungen führt zur Streichung von der RednerInnenliste. Eine Zurücknahme von Wortmeldungen zugunsten anderer Rednerinnen oder Redner ist nicht möglich.

- (11) Zu **Redebeiträgen** in der Aussprache kann die Tagungsleitung bis maximal drei Nachfragen von Delegierten oder von Teilnehmerinnen und Teilnehmern mit beratender Stimme zulassen. Die Nachfragen an die Rednerin/den Redner sind kurz zu formulieren (max. 1 Minute).
- (12) Delegierte und Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit beratender Stimme können nach Abschluss von Debatten und Abstimmungen **persönliche Erklärungen** zu vorhergehenden Redebeiträgen, insbesondere zur Richtigstellung falscher Darstellungen abgeben. Delegierte mit beschließender Stimme können auch persönliche Erklärung zum Abstimmungsverhalten abgeben. Sie sind bei der Tagungsleitung anzumelden. Die Redezeit hierfür beträgt eine Minute.

IV. Antragsarten/ Antragstellung/ Beschlussfassung

- (13) **Anträge zur Geschäftsordnung** und Aufrufe zu deren Einhaltung werden außerhalb der Liste der Rednerinnen und Redner sofort behandelt. Vor der Abstimmung erhalten ist jeweils eine Gegen - und anschließend eine Fürrede zuzulassen.
- (14) **Der Antrag auf Beendigung der Debatte** oder Übergang zum nächsten Tagesordnungspunkt kann jederzeit zur Abstimmung gestellt werden. Das Recht zur Antragstellung haben nur Delegierte oder Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit beratender Stimme, die zu diesem Tagesordnungspunkt noch nicht gesprochen haben. Die Annahme bedarf der Zustimmung der Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Vor Beschlussfassung ist die Liste der noch ausstehenden Rednerinnen und Redner zu verlesen.
- (15) Bei Beantragung des Eintritts in eine begrenzte Aussprache sind der Gegenstand und die vorgesehene Dauer der Aussprache vorzuschlagen.
- (16) Leitanträge und andere Anträge an den Landesparteitag von grundsätzlicher politischer Bedeutung werden durch Beschlussfassung von Landesvorstand oder Landesrat auf die Tagesordnung gesetzt. Über ihre Behandlung entscheidet der Landesparteitag mit der Annahme der Tagesordnung.
- (17) Anträge an den Landesparteitag, welche mindestens 28 Tage vor Tagungsbeginn eingereicht worden sind, sind in die Tagesordnung aufzunehmen. Der Landesvorstand sowie die Antrags- und Redaktionskommission kann Einspruch gegen die Aufnahme eines Beschlussantrages auf der Tagesordnung einlegen. Über den Einspruch ist der/die EinreicherIn umgehend zu informieren. Der Antrag kann durch Beschluss des Parteitages mit einem Quorum von 20% auf die Tagesordnung gesetzt werden. Antragsberechtigt dafür sind die EinreicherInnen.
- (18) Bei Anträgen kann zwischen EinreicherInnen und UnterstützerInnen unterscheiden werden. Die EinreicherInnen sind berechtigt, Änderungsanträge zu übernehmen, ihre Anträge zurückzuziehen.
- (19) Nach Antragsschluss bis Tagungsbeginn können **Dringlichkeitsanträge** eingebracht werden. Dringlichkeitsanträge bedürfen der Unterstützung des Landesvorstandes, des Landesrates, von mindestens 4 Kreisvorständen oder von 20 Delegierten mit beschließender Stimme. Die Dringlichkeit ist von dem/der Antragsteller/in zu begründen. Ein Dringlichkeitsantrag liegt dann vor, wenn nach Antragsschluss besondere politische Ereignisse oder grundsätzliche politische bzw. gesellschaftliche Veränderungen eingetreten sind, auf die der Landesparteitag durch entsprechende Beschlussfassungen bzw. Entscheidungen unbedingt reagieren muss. Unter Beachtung dieser Prämisse empfiehlt die Antragskommission dem Plenum die Behandlung oder die Nichtbefassung. Sollte ein besonderes politisches Ereignis nach Beginn der Tagung eintreten, kann der Landesvorstand, der Landesrat oder 20 Delegierte einen **Initiativantrag** stellen. Der Antrags- und Redaktionskommission obliegt die Prüfung der Rechtmäßigkeit und Dringlichkeit des Antrages. Sie entscheidet über die Beschlussfassung.
- (20) **Änderungsanträge** betreffen die Änderung eingereichter Anträge und sind schriftlich an die Antragskommission einzureichen. Änderungsanträge, welche sich nicht auf Dringlichkeits- oder Initiativanträge oder andere Änderungsanträge beziehen, müssen mindestens 7 Tage vor der Tagung eingereicht werden. Anträge, welche sich auf unterschiedliche Absätze des zu ändernden Antrages beziehen, werden in Einzelanträge umgewandelt. Sammelanträge sind unzulässig. Änderungsanträge, welche in ihrem Umfang mehr als 1/3 eines Originalantrages,

der weder ein Dringlichkeits- noch Initiativantrag ist, zu ändern beabsichtigen müssen 14 Tage vor der Tagung vorliegen.

AntragstellerInnen können die Übernahme von Änderungsanträgen erklären. Übernahmen ersetzen den Originaltext durch den Text des Änderungsantrages. Teilübernahmen sind möglich. Über den Umgang mit den Änderungsanträgen befindet die Antragskommission. Sie bereitet Alternativen abstimmsreif für das Plenum auf. Änderungsanträge, die von 20 Delegierten mit beschließender Stimme unterstützt werden, sind im Plenum zur Abstimmung zu unterbreiten.

- (21) Die **Antrags- und Redaktionskommission** bereitet die Anträge und dazugehörige Änderungsanträge zu den einzelnen Themenkomplexen auf und unterbreitet daraus dem Landesparteitag Vorschläge für die Abstimmungsreihenfolge. Dabei sind zunächst die Änderungsanträge zu den am weitesten gehenden Anträgen abzustimmen, dann die am weitesten gehenden Anträge selbst und schließlich die einzelne Sachfragen berührende Anträge. Davon kann in begründeten Fällen abgewichen werden. Sich widersprechende Anträge sind alternativ abzustimmen, so dass der Landesparteitag eine eindeutige Beschlusslage schafft. Soweit Anträge schon gefasste Beschlüsse alternativ oder ändernd berühren, soll die Antragskommission darauf hinweisen. Kommen zwei sich ausschließende Beschlüsse zustande, gilt der zuletzt gefasste.
- Die beiden SprecherInnen der Antrags- und Redaktionskommission werden zu den Landesvorstandssitzung mit eingeladen, welche sich mit Anträgen und Änderungsanträgen an den Landesparteitag befassen.
- (22) Die **Abstimmung** führt die Tagungsleitung durch, wobei zunächst “für” den, dann “gegen” den Antrag und abschließend die Stimmenthaltung abzurufen sind. Im Folgenden ist als erstes bekanntzugeben, ob das Abstimmungsverhalten für die Tagungsleitung eindeutig erkennbar war. Die Tagungsleitung hat auf den ersten Anruf eines Delegierten hin die Auszählung der Stimmen zu veranlassen, soweit dies nicht unangemessen erscheint. Im Zweifel ist das Plenum darüber zu befragen.
- Hiernach ist das Abstimmungsergebnis bekanntzugeben und zu protokollieren.
- (23) Die Antragskommission kann hinsichtlich einer möglichen weiteren Behandlung von Anträgen **Überweisungsempfehlungen** aussprechen. Ferner berichtet sie über den geplanten Umgang mit all jenen Anträgen, die nicht im Plenum zur Verhandlung gelangen.
- (24) Die **Beschlüsse** des Landesparteitages sind innerhalb von vier Wochen zu veröffentlichen.

Entscheidung des Parteitages

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

DIE LINKE. Sachsen**4. Tagung des 14. Landesparteitages****R. Regularien an die 4. Tagung des 14. Landesparteitages****R.4. Vorschlag zu den Arbeitsgremien**

Einreicher*in: Landesvorstand

Der Landesparteitag möge folgende Arbeitsgremien beschließen:

Tagungspräsidium

Sarah Buddeberg (SV Dresden)	Torsten Bachmann (KV Mittelsachsen)
Antje Feiks (KV Erzgebirge)	Nico Brünler (SV Chemnitz)
Claudia Jobst (LAG Lisa)	Ralph Büchner (KV Bautzen)
Anna Gorskih (SV Leipzig)	Rico Gebhardt (KV Erzgebirge)
Marion Junge (KV Bautzen)	Silvio Lang (KV Bautzen)
Susanna Karawanskij (KV Nordwestsachsen)	n.N. (KV Zwickau)
Uta Knebel (KV Meißen)	Sören Pellmann (SV Leipzig)
Caren Lay (KV Bautzen)	Lutz Richter (KV Sächsische Schweiz/Osterzgebirge)
Janina Pfau (KV Vogtland)	Enrico Stange (KV Westsachsen)
Bianca Pietsch (KV Westsachsen)	Jan Windisch (KV Vogtland)
Franziska Fehst (Jugendverband)	

Antrags- und Redaktionskommission

Sinah Al-Mousawi (Jugendverband)	Fabian Blunck (SV Leipzig)
Josephine Michalke (SV Leipzig)	Fred Barrakling (KV Nordwestsachsen)
Dorothea Wolff (LAG Hartz IV)	Michael Eichhorn (KV Westsachsen)
Dagmar Weidauer (SV Chemnitz)	Matthias Fröck (KV Görlitz)
Marika Tändler – Walenta (Mittelsachsen)	Stefan Hartmann (SV Leipzig)
Anja Eichhorn (SV Dresden)	Steffen Klötzer (SV Leipzig)
Elisa Gerbsch (SV Leipzig)	Jens Matthis (SV Dresden)
Barbara Höll (SV Leipzig)	Mirko Schultze (KV Görlitz)
Susann Schöniger (LAG SBP)	Sven Meyerhofer (KV Nordwestsachsen)
Sabine Pester (SV Chemnitz)	Torsten Steidten (SV Chemnitz)
Anne Holowenko (SV Dresden)	Uwe Kluge (SV Leipzig)

Wahlkommission

Katrin Aslanov (KV Westsachsen)	Lars Klaus Aßauer (SV Leipzig)
Ingrid Bernhardt (KV Nordwestsachsen)	Dieter Gaitzsch (SV Dresden)
Gabriele Eichner (KV Görlitz)	Gerd Glöckner (KV Erzgebirge)
Angela Hähnel (KV Erzgebirge)	Kai Grünler (KV Vogtland)
Sigrid Mann (KV Vogtland)	Thomas Grundmann (SV Dresden)
Margot Gaitzsch (SV Dresden)	David Himmer (KV Nordwestsachsen)
Annegret Gieland (SV Dresden)	Daniel Knorr (KV Westsachsen)
Katrin Weber – Jakulat (KV Meißen)	Rüdiger Thürling (KV Bautzen)
Heike Krahl (KV Görlitz)	
Jessica Pohl (KV Bautzen)	

Mandatsprüfungskommission

Franziska Wendler (SV Chemnitz)
Andrea Schrutek (KV Erzgebirge)

Bernd Spolwig (KV Bautzen)
Lars Kleba (KV Mittelsachsen)

Entscheidung des Parteitages

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

DIE LINKE. Sachsen
4. Tagung des 14. Landesparteitages

B. Berichte

B.1. NEU

Dieser Bericht ist intern und daher nur in der gedruckten bzw. E-Mail-Form einsehbar.

DIE LINKE. Sachsen**4. Tagung des 14. Landesparteitages****C. Sachantrag an die 4. Tagung des 14. Landesparteitages****C.1. Mit Solidarität und Standhaftigkeit: Gemeinsam verändern wir das Land! - Unsere Schwerpunkte für die Landtagswahl 2019**

Einreicher*in: Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen:

Mit Solidarität und Standhaftigkeit: Gemeinsam verändern wir das Land!1 *Unsere Schwerpunkte für die Landtagswahl 2019*

2

3 Sachsen ist heute nicht mehr das Land, welches es zur letzten Landtagswahl war: Nach 2014 erlebte
4 der Freistaat einen Rechtsruck. Nach Jahrzehnten von Sozialabbau, Privatisierungen und Kürzungen
5 einerseits und politischem Stillstand, Wegsehen bei rechten Umtrieben ist die sächsische Gesellschaft
6 heute tief gespalten. Sie ist politischer geworden, doch gleichzeitig eilen manche Parteien dem
7 vermeintlichen rechten Mainstream hinterher, in der Hoffnung, die politische Rechte damit zu
8 schwächen. In Wahrheit haben sie diese damit jedoch nur bestätigt und gestärkt.

9

10 DIE LINKE hat Rückgrat bewiesen und wird dies weiter tun: Als SPD und Grüne nach rechts rückten
11 und dem Neoliberalismus Tür und Tor öffneten, hielten wir dagegen. Teilweise mit Erfolg, würde es
12 doch ohne uns keinen Mindestlohn geben. Als in den letzten Jahren fast alle nach rechts rückten,
13 haben wir Standhaftigkeit bewahrt. Wir haben dem vermeintlichen Mainstream nicht nachgegeben.
14 Wir wollen und werden uns unsere Agenda nicht von denen diktieren lassen, die spalten. Wir kämpfen
15 für soziale Gerechtigkeit und Sicherheit für alle Menschen, die hier leben, und für eine solidarische
16 und demokratische Gesellschaft jenseits des Kapitalismus. Während Markt- und Rechtsradikalismus
17 unseren Zusammenhalt zerstören, ist es die Idee der Solidarität, die diesen schafft.

18

19 In diesen Zeiten zählt daher Geschlossenheit. Die demokratischen Ansprüche, die wir an die
20 Gesellschaft stellen, wollen wir in unserer Partei als erstes leben. Deshalb haben wir uns in einem
21 breit getragenen, basisdemokratischen Prozess auf unsere Schwerpunkte für die Landtagswahl 2019
22 geeinigt. Alle Mitglieder waren zur Beteiligung aufgerufen und viele Genossinnen und Genossen haben
23 ihre Stimme genutzt. Ihren Entscheidungen folgend, wollen wir geeint in den Wahlkampf 2019 ziehen
24 und tun dies mit den nachfolgenden Schwerpunkten:

25

26 **1. Wir setzen uns für einen barrierefreien, flächendeckenden, bedarfsgerechten und**
27 **kostenfreien ÖPNV für ganz Sachsen ein.**

28

29 Wir wollen den Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel, ob Bus oder Bahn. Wir wollen ein attraktives
30 Angebot als Alternative zum Auto gestalten. Dazu gehören attraktive Taktzeiten und Barrierefreiheit

31 ebenso wie der Ausbau alternativer Bedienformen wie bspw. Anrufbusse. Wir wollen Bus und Bahn
32 zukünftig kostenfrei anbieten. Als ersten Schritt dahin wollen wir einen sachsenweiten
33 Verkehrsverbund mit einheitlichem Tarifsystem schaffen.

34

35 **2. Wir wollen den Klimawandel stoppen! Für eine ökologische und nachhaltige Politik.**

36

37 Der Klimawandel ist ein gesellschaftliches Thema. Um ihn zu stoppen, bedarf es vieler Maßnahmen,
38 zum Beispiel: Agrarwende, Förderung der E-Mobilität und des Öko-Landbaus, sowie der Ausbau von
39 Nachhaltigkeitsbildung, nachhaltigem Konsum und aktivem Naturschutz. Weil die Folgen des
40 Klimawandels vor allem die Ärmsten der Gesellschaft treffen, müssen soziale Folgen abgefedert
41 werden. Den Kohleausstieg und Strukturwandel in den betroffenen Regionen wollen wir solidarisch
42 und sozial gerecht gestalten.

43

44 **3. Wir stellen den Menschen in den Mittelpunkt – Sicherheitspolitik von links gedacht**

45

46 Eine linke Sicherheitspolitik ist präventiv, an der Notwendigkeit ausgerichtet, dem Schutz von Leben
47 und Eigentum verpflichtet und prüft die Verhältnismäßigkeit. Wir verdächtigen nicht ohne Grund und
48 wir wollen die Rolle ehrenamtlicher HelferInnen stärken. Dafür brauchen wir keinen Verfassungsschutz
49 oder einen Staat, der seine BürgerInnen unter Generalverdacht stellt.

50

51

52

53 **4. Wir kämpfen konsequent gegen Altersarmut!**

54

55 Altersarmut trifft bereits heute viele Menschen im Freistaat. Viele heute noch arbeitende Menschen
56 sind von Armut im Alter bedroht. Deshalb wollen wir uns über den Bundesrat für eine Mindestrente für
57 alle in Höhe von mindestens 1.200 Euro einsetzen. Darüber hinaus wollen wir ehrenamtliches
58 Engagement honorieren. Für je fünf Jahre ehrenamtlicher Arbeit wollen wir einen Rentenpunkt für die
59 Rentenberechnung anrechnen lassen.

60

61 **5. Wir setzen uns für eine nachhaltige Verbesserung der Betreuung von Pflegebedürftigen 62 und eine flächendeckende Ärzteversorgung auf allen Ebenen ein.**

63

64 Wir bekämpfen den Pflegenotstand unter anderem durch die Schaffung kommunaler
65 Pflegeeinrichtungen. Wir setzen uns zusätzlich für die Verbesserung der Personalausstattung in den
66 Krankenhäusern, SeniorInnen- und Pflegeheimen ein. Um insbesondere die Haus- und
67 Fachärzteversorgung im ländlichen Raum zu sichern, wollen wir zusätzliche Anreize schaffen.

68

69 **6. Wir wollen eine inklusive Bildung ohne soziale, finanzielle, räumliche und bauliche 70 Barrieren - wer sich bilden will, muss dies ermöglicht bekommen.**

71

72 Jeder Mensch hat ein Recht auf gute Bildung. Der Zugang zu Bildung darf nicht vom Geldbeutel
73 abhängen. Deshalb darf Bildung in Sachsen nichts kosten. Konsequenterweise bedeutet das, dass wir
74 Gebühren und Beiträge, wie z.B. Kitagebühren oder Schülerbeförderungsbeiträge, abschaffen, die
75 Lernmittelfreiheit umfänglich durchsetzen und Angebote im außerschulischen Bereich, mittelfristig

76 kostenfrei stellen wollen. Die UN-Behindertenrechtskonvention muss auch im Bildungsbereich
77 umgesetzt werden.

78

79 **7. Die Digitalisierung verändert die Arbeitswelt sowie das gesellschaftliche Leben. Wir lassen**
80 **die Menschen damit nicht allein!**

81

82 Die Digitalisierung verändert die Erwerbsarbeit. Arbeitsabläufe und Qualifikationsanforderungen
83 wandeln sich. Im gesellschaftlichen und privaten Bereich werden immer mehr technische Innovationen
84 Einzug halten. Sie sind mit positiven wie negativen Folgen verbunden. Im Vordergrund muss die
85 Mitbestimmung der Menschen bei der Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen stehen. Hierfür
86 müssen Anforderungen und soziale Standards formuliert und offensiv diskutiert werden.

87

88 **8. Wir haben mehr Mut zur Kommune: Kommunale Selbstverwaltung stärken,**
89 **Daseinsvorsorge in öffentliche Hand!**

90

91 Die Entwicklung zu immer geringer werdenden kommunalen Handlungsspielräumen muss gestoppt
92 und durch eine nachhaltige Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung ersetzt werden. Wir setzen
93 uns für mehr Selbstverantwortung der Kommunen, den Wegfall des bevormundenden Zentralismus,
94 die Aufwertung des kommunalen Ehrenamtes, BürgerInnenpartizipation, den Ausbau der kommunalen
95 Demokratie und für eine aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen ein. Daseinsvorsorge
96 vor Ort gehört in öffentliche Hand!

97

98 **9. Wir gestalten Stadt für alle statt für Profite: Wohnen muss überall bezahlbar sein!**

99

100 Wohnen wird immer teurer, Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen können sich das
101 Wohnen in der Stadt kaum noch leisten. Gentrifizierung ist in sächsischen Großstädten immer mehr zu
102 spüren. Am Bedarf vorbei geführte Luxussanierungen und –neubauprojekte lehnen wir ab. Wir wollen
103 mehr Investitionen in sozialen Wohnungsbau, Erhaltungssatzungen für Milieuschutz in Wohngebieten,
104 niedrigere Kappungsgrenzen bei Mieterhöhungen und stärkeres Mitspracherecht der Bürger*innen
105 gegenüber Investor*innen.

106

107 **10. Wir stehen dafür, das Billiglohnland Sachsen zu überwinden. Wir fordern einen höheren**
108 **Mindestlohn und bessere Tarifverträge.**

109

110 Arbeit in Sachsen wird noch immer schlechter bezahlt als in den alten Bundesländern. Wir
111 unterstützen die Gewerkschaften in Arbeitskämpfen um Lohnerhöhungen, bessere Arbeits-
112 bedingungen und Tarifverträge, gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit und gute
113 Beschäftigung! Außerdem fordern wir Ausschluss von Scheingewerkschaften und fair ausgehandelte
114 Flächentarifverträge!

115

116 **11. Wir stehen für die Demokratisierung Sachsens. Wir setzen uns ein für stärkere**
117 **Mitbestimmung der BürgerInnen.**

118

119 Viele Menschen in Sachsen fühlen sich nicht mehr von der Politik mitgenommen. Das müssen wir
120 ändern. Dazu gehört eine wirkliche Beteiligung der Menschen am politischen Geschehen. Wir wollen

121 BürgerInnenentscheide, BürgerInnenhaushalte, Einbeziehung bei Planungen – Mittel für mehr
122 Beteiligung und Transparenz. Wir fordern die Erleichterung direktdemokratischer Entscheidungen
123 durch geringere Quoren und Senkung des Wahlalters und setzen uns ein für eigene
124 Interessenvertretungen von Kindern und Jugendlichen.
125

126 **12. Wir setzen uns ein für ein familien- und jugendfreundliches Sachsen!**

127
128 Wir wollen den Ausbau von Freizeiteinrichtungen überall in Sachsen und kostenlose und insbesondere
129 im ländlichen Raum gut erreichbare kulturelle Angebote. Wir wollen einen gesetzlichen Kinder- und
130 Familienfeiertag in Sachsen.
131

132 **13. Wir setzen uns ein für gleiche Rechte, gleichen Lohn und Mitbestimmung für alle** 133 **Menschen!**

134
135 Familie ist zu oft noch allein Frauensache. Die Folgen sind Doppelbelastung, schlechter bezahlte
136 (Teilzeit-) Jobs, zu wenig Rente und Altersarmut. Wir wollen den beruflichen Wiedereinstieg nach der
137 Schwangerschaft erleichtern, kostenfreie Kitas, Recht auf Rückkehr in Teilzeit- oder Vollbeschäftigung,
138 familienfreundlichere Arbeitsbedingungen. Insbesondere im Kampf gegen Armut sind die die
139 Alleinerziehenden zu stärken und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Sachsen zu verbessern.
140

141 **14. Wir wollen konsequente Barrierefreiheit in allen Bereichen!**

142
143 Die UN-Behindertenrechtskonvention ist umzusetzen. Insbesondere in den Bereichen Information und
144 Kommunikation ist uns die Umsetzung in einfache und leichte Sprache wichtig. Das grundsätzliche
145 Recht von Menschen mit Beeinträchtigungen auf ein normales Arbeitsverhältnis muss konsequent
146 durchgesetzt werden.
147

148 **15. Wir stehen für einen konsequenten Kampf gegen menschenverachtende Ideologien, für** 149 **ein weltoffenes und humanitäres Sachsen.**

150
151 Zur Zurückdrängung der extremen Rechten braucht es umfassende Handlungskonzepte, um
152 Rassismus in allen Schattierungen, Demokratiefeindlichkeit und Geschichtsrevisionismus zu
153 bekämpfen. Wir wollen das Miteinander der Kulturen fördern, was Toleranz, interkulturelle Öffnung
154 und Aufeinanderzugehen erfordert. Geflüchtete und Eingewanderte sind unabhängig von ihrem
155 Aufenthaltsstatus menschenwürdig unterzubringen und durch qualifizierte Sozialarbeit zu betreuen.
156 Integration ist eine Schlüsselaufgabe.
157

158 159 **Begründung:**

160
161 In einem breit getragenen basisdemokratischen Verfahren haben wir uns nach insgesamt 13
162 Regionalkonferenzen und einer Mitgliederbefragung auf Schwerpunkte für die Landtagswahl 2019
163 verständigt. Diese Schwerpunkte, welche von der Basis der Partei gemeinsam erarbeitet und
164 abgestimmt wurden, sollen nunmehr Grundlage für unseren Wahlkampf sein.
165

166 Da zum Zeitpunkt der Erstellung des Antrages jedoch die Mitgliederbefragung noch läuft, kann dieser
167 zum jetzigen Zeitpunkt nur einen Rahmen für die Schwerpunkte bilden und ist deshalb kurz zu halten.
168 Die weitere Verfahrensweise sieht deshalb so aus:
169
170 Der Landesvorstand verabschiedete nach der Festlegung der Thesen durch die Abstimmungs-
171 kommission im Umlaufverfahren. Bestandteil dieses Antrages sind dabei alle am 2. November 2018
172 durch die Antrags- und Redaktionskommission nach den Maßstäben der Ordnung zur Mitglieder-
173 befragung ausgewählten 15 Thesen. Die Anträge auf Streichung der sieben Thesen, die in der
174 Mitgliederbefragung die geringste Zustimmung erhalten haben, werden durch den Landesge-
175 schäftsführer fristgerecht eingereicht. Der Landesvorstand wird danach am Vorabend des
176 Landesparteitages diese sieben Änderungsanträge an den Antrag übernehmen. Somit wird
177 sichergestellt, dass die Thesen, welche in der Mitgliederbefragung abgestimmt wurden, tatsächlich
178 auch Grundlage der Schwerpunktsetzung für den Landtagswahlkampf werden. Der so geänderte
179 Antrag wird dem Landesparteitag zur Abstimmung vorgelegt mit der Bitte, die von der Basis
180 festgelegten Themen zu bestätigen.

Entscheidung des Parteitages

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

DIE LINKE. Sachsen

4. Tagung des 14. Landesparteitages

C. Sachantrag an die 4. Tagung des 14. Landesparteitages

C.2. Solidarität. Hier, in Europa!

Einreicher*innen: Cornelia Ernst, Anja Eichhorn, Antje Feiks, Jayne-Ann Igel, Anna Gorskih, Tilman Loos, Marika Tändler-Walenta, Mirko Schulze, Thomas Dudzak

Der Landesparteitag möge beschließen:

Solidarität. Hier, in Europa!

Altiero Spinelli, Kommunist und Gefangener auf der Insel Ventotene, schrieb 1944 das Manifest für ein Vereintes Europa:

„Heute suchen und begegnen sich zur Ausarbeitung der Zukunft all jene, die die Gründe der gegenwärtigen Krise der europäischen Kultur erkannt haben, und daher das Erbe, das untergegangen war, in Verkennung der zu erreichenden Ziele oder der zu benutzenden Mittel, all jener Bewegungen zur Erhebung der Menschheit antreten. Der Weg, der uns erwartet, wird weder bequem noch sicher sein. Wir müssen ihn jedoch beschreiten, und wir werden es tun!“

1 Es bringt nicht viel, darüber zu philosophieren, ob wir mehr oder weniger Europa bräuchten.
2 Worum es geht ist unser aller Leben. Es geht darum, das Gespenst der Armut zu vertreiben,
3 Menschen ihre Rechte und ihre Stimme wiederzugeben und Perspektiven zu schaffen, die
4 auch unseren Kindern und Kindeskindern ein Leben in Würde ermöglicht. Wir hören den
5 Geschichten der Älteren zu, die sich Sorgen machen über den Zusammenhalt der
6 Gesellschaft, die sich ängstigen vor dem Come-Back „alter Zeiten“. Wir hören denen zu, die
7 seit Jahren in Knochenjobs malochen und ohne die es all den Reichtum einiger weniger
8 überhaupt nicht gäbe. Und wir müssen auf die jungen Leute hören. Sie können sich ein
9 Zurück zur nationalen Begrenztheit nicht vorstellen. Sie sprechen meist nicht nur ihre
10 Heimatsprache und sie stört es, dass anderswo Menschen hungern oder im Meer ertrinken.
11 Ihre Freund*innen kommen aus Polen, England oder sind Geflüchtete aus Syrien. Sie führen
12 längst die Kämpfe dieses Jahrhunderts an, gegen rechten Geist und rechte Gewalt. Aus den
13 sozialen und freiheitlichen Kämpfen sind sie ebenso wenig wegzudenken, wie die vielen
14 Älteren, die sich im Uruhestand leidenschaftlich und ehrenamtlich engagieren. Immer mehr
15 Menschen erkennen, dass da etwas nicht stimmt in Gesellschaft und Staat, das bessere
16 Löhne nötig sind, um menschenwürdig zu leben und statt Spardiktaten auf Kosten aller
17 Steuergesetze nötig wären, die die Reichen in die Verantwortung nehmen. Viele sind der
18 Meinung, dass Geld für Bildung statt für Waffen ausgegeben werden sollte. Und immer mehr
19 Menschen stören sich an grundrechtsverletzenden Polizeigesetzen, zunehmender
20 Überwachung und kämpfen stattdessen für ein freies Internet.

21 Ja, es geht um alles. Um diesen Kontinent, der unter anwachsendem Nationalismus und
22 chauvinistischer Verachtung ächzt. Das erinnert uns daran, dass Geschichte sich eben doch
23 wiederholen kann. Manchmal ist es, als hätte das Nachkriegseuropa den roten Faden
24 verloren.

25 Es geht wirklich um alles. Es geht darum, wie unser Leben künftig aussehen soll. Deshalb
26 müssen wir klarziehen, dass das Übel aller Probleme nicht die Unterschiedlichkeit der
27 Herkunft von Menschen ist, sondern immer noch der Widerspruch zwischen Kapital und
28 Arbeit, zwischen Reich und Arm. Dort politische Konzepte anzusetzen und Lösungen zu
29 entwickeln, ist die historische Aufgabe der Linken.

30 **1. Wir als ostdeutsche Linke bringen uns ein, um dieses Europa gerechter zu gestalten**

31 Wir haben unsere Traditionen, nicht weil wir nostalgisch sind, sondern weil wir in unseren
32 Dörfern, Städten und Regionen zuhause sind, die Menschen kennen, die die regionalen
33 Eigenheiten schätzen und weiterführen, in den Dörfern der Lausitz, im Erzgebirge oder in
34 Torgau. Zugleich kämpfen wir engagiert dafür, dass die klugen Köpfe der Bürger*innen für die
35 nachhaltige und zukunftsfähige Entwicklung aktiv genutzt werden. EU-Mittel müssen in die
36 Bereiche von Wirtschaft und Gesellschaft fließen, die unsere Zukunft entscheiden werden. Wir
37 stehen dazu, dass die ärmsten Regionen in der EU die meiste Förderung in der EU erhalten
38 müssen, aber wir sehen auch, dass für die Mehrheit der ostdeutschen Regionen eine
39 umfassende EU-Förderung noch längere Zeit notwendig ist. Dazu bündeln wir uns mit den
40 anderen ostdeutschen Interessenvertretungen, aber auch mit ähnlichen Regionen in Spanien,
41 Frankreich und Italien, deren Entwicklungsstand ähnlich dem ostdeutschen ist.
42 DIE LINKE. ist nicht nur eine starke ostdeutsche Interessenvertreterin, auf die sich die
43 Bürger*innen auch weiterhin verlassen können. Wir bringen Erfahrungen ein, die für Europas
44 Entwicklung bedeutsam sind. Das sind die teilweise äußerst problematischen
45 Transformationserfahrungen nach der Wende 1989. Zwei Drittel aller Ostdeutschen haben
46 nach 1989 ihr Berufsleben über Nacht völlig auf den Kopf stellen müssen, über 20% von ihnen
47 wurden arbeitslos, mussten sich neue Existenzen unter schwersten Bedingungen erkämpfen.
48 Die Sorge um das Morgen, um die Kinder und die zahlreichen Transformationsfehler der
49 Wende haben sehr viele am eigenen Leibe erfahren. Der Strukturwandel erfolgte vor allem auf
50 dem Rücken von uns einfachen Leuten. Diese ganz spezifische Gleichzeitigkeit von Altem und
51 Neuen in der Gesellschaft sowie der Zwang, plötzlich neue Wege gehen zu müssen, davon
52 können viele Menschen aus eigener Erfahrung sprechen. Und andere Regionen Europas
53 können daraus lernen und hoffentlich vieles besser machen.

54 **2. Wir wollen das Wohlstandsgefälle in der EU beseitigen**

55 Die Länder der EU sind das reichste Territorium dieser Welt und doch leben 120 Mio.
56 Menschen in tiefer Armut, nicht nur in Ostpolen oder in Bulgarien - auch bei uns leben
57 Menschen ohne eigene Wohnung. Sie kämpfen täglich darum, über die Runden zu kommen.
58 Deshalb treten wir dafür ein, dass die EU endlich ein Armutsbekämpfungsprogramm auf den
59 Weg bringt, wo regionale und europäische Anstrengungen zusammengeführt werden. Soziale

60 Politik für alle, die in Europa leben, muss durch konkrete Maßnahmepakete im mehrjährigen
61 Finanzrahmen unterstützt werden. Besonders Ältere und auch Alleinerziehende müssen sich
62 um die alltäglichen Dinge sorgen. Wir alle leiden unter Mängeln der Infrastruktur: Bahnhöfe
63 und Krankenhäuser gehen und das schnelle Internet kommt nicht. Die Europäische Union
64 braucht eine andere Tonart. Privatisierung von Wasser, Rentensystemen und der
65 Daseinsvorsorge gehören freilich nicht dazu. Wer soziale Politik will, darf sie nicht privaten
66 Profitinteressen überlassen.

67 Wer soziale Politik will, muss mit Spardiktaten aufhören, wie sie Griechenland acht Jahre lang
68 ertragen musste. Die Politik der Troika hat dazu geführt, dass Millionen Menschen in
69 Griechenland, aber auch Spanien und Portugal verarmt sind. Nutznießer der „Hilfspakete“
70 waren ausschließlich Banken, bei den Menschen in diesen Staaten ist nichts davon
71 angekommen. Für uns ist klar: Eine solche Politik zerstört die Europäische Union und opfert
72 die Idee der Solidarität. Eine solche Politik, die das Wohlstandsgefälle innerhalb der EU weiter
73 auseinandertreibt, zerstört auch das Zusammenleben der Menschen.

74 Das Wohlstandsgefälle beseitigen verlangt auch eine andere Politik in den vom
75 Strukturwandel betroffenen Regionen. Diese bedürfen nicht nur guter Worte, sondern größter
76 Energien. Wir setzen uns in Sachsen und auf europäischer Ebene dafür ein, dass Regionen wie
77 die Lausitz in den Focus der Regional- und Strukturförderung kommen. Wir kämpfen für mehr
78 Eigenständigkeit für die Entscheidungen vor Ort und gegen bürokratische Bevormundung. Wir
79 setzen uns ein für ganzheitliche Konzepte zur Strukturförderung, die auf stärkere
80 Gemeinsamkeiten der betroffenen Regionen basieren und nicht eitles Gutshofdenken
81 konservieren. Nur wenn die Menschen, die in den Regionen leben, einen gemeinsamen Plan
82 entwickeln, können mittel- und langfristige Perspektiven entstehen.

83 **3. Wir wollen in einer gesunden Umwelt leben**

84 Eine gesunde Umwelt beginnt in den Städten, wo die Abgase keine Menschen mehr krank
85 machen, und in den ländlichen Regionen, wo die Agrarproduktion ihren Frieden mit Bienen
86 schließt und Massentierhaltung abgeschafft ist. Kleinen Korrekturen reichen nicht – auch
87 nicht bei der Energieversorgung. Es muss umgesteuert werden – hin zu erneuerbaren
88 Energien als die Energieform der Zukunft. Dafür gibt es in Sachsen gute Voraussetzungen.
89 Deshalb setzen wir uns für eine Energiewende ein, die zur Bekämpfung des Klimawandels
90 nicht nur beiträgt, sondern ihn stoppt. Wir müssen weg von der Kohle, ohne die
91 Lebensleistung der Arbeiter*innen zu diskreditieren. Die Konzerne haben jahrelang Gewinne
92 erwirtschaftet und tragen die Verantwortung für die Beschäftigten, die wir ihrem Kampf
93 ebenso unterstützen, wie die Klimabewegung. Wir unterstützen auch die Sammelklagen
94 gegen die Autokonzerne, die jahrelang die Verbraucher belogen und Unsummen dafür
95 eingesteckt haben. Die Alternativen zu Diesel und Benzin liegen auf dem Tisch. Es stünde
96 Sachsen gut zu Gesicht, Vorreiter*in dafür zu werden!
97 Wir wollen außerdem eine schrittweise Umstrukturierung der Landwirtschaft, die großen
98 Agrargesellschaften müssen sich dem stellen. Außerdem gilt es, Spekulationen mit

99 Nahrungsgütern endlich zu beenden. Wir wollen nicht, dass Bioabfälle und der Schrott
100 Europas in afrikanischen Staaten ankommt, deren Umwelt verwüsten und wirtschaftliche
101 Grundlagen zerstören. Mit halben Sachen geben wir uns nicht zufrieden. Deshalb muss
102 Schluss sein mit den unsäglichen Plasteabfällen, die unsere Haushalte belasten, Meere und
103 Halden zumüllen. Entsprechende EU-weite Verbote unterstützen wir.

104 **4. Wir engagieren uns für ein selbstbestimmtes Leben**

105 Die Europäische Union hat in den 80er und 90er Jahren zu Geschlechtergleichstellung und
106 Wahrung anderer zentraler Menschenrechte beigetragen. Wir rufen alle auf, ein konservatives
107 Roll-Back zu den alten Geschlechterrollen energisch zu bekämpfen! Wir tolerieren es nicht,
108 dass Frauen weniger verdienen als Männer. Gerade Deutschland gehört hier zu den
109 schlimmsten Sündern. Wir verschließen nicht die Augen vor der Abschaffung der
110 körperlichen Selbstbestimmungsrechte der Frauen z. B. in Polen oder der Drangsalierung von
111 LGBTTIQ* in vielen Teilen Europas. Wir arbeiten grenzübergreifend zusammen mit
112 Aktivist*innen aus unseren Nachbarländern für die Akzeptanz von Vielfalt und gegen jede
113 Form von Verachtung gegenüber Menschen. Eine freie Gesellschaft kann es nur geben, wenn
114 auch die Menschen, die in ihr leben, frei sind. Und dass wir Menschen unterschiedlich sein
115 können, ist die Voraussetzung dafür, dass wir frei sind. Jedes Recht, dass wir anderen
116 absprechen macht unsere eigenen Rechte angreifbar. Unsere Gesellschaft muss in allen
117 Bereichen barrierefrei werden. Davon profitieren wir, jede und jeder, spätestens wenn wir
118 selbst alt sind. Wir fordern die sächsische Regierung auf, endlich den EU-Richtlinien zur
119 Barrierefreiheit zu entsprechen und alle öffentlichen Gebäude entsprechend auszustatten.

120 **5. Wir streiten für ein faires Miteinander von Einheimischen und Ankommenden**

121 Wir erinnern daran, dass dieses Land von vielen Menschen gemeinsam aufgebaut wurde, im
122 Westen auch mit türkischen, italienischen und jugoslawischen Arbeiter*innen und bei uns in
123 Ostdeutschland mit Menschen aus Vietnam, Mosambik und anderen Ländern. Wir als LINKE.
124 wollen, dass das nicht vergessen wird. Wir wollen, dass unsere Städte und Dörfer als Orte der
125 Freundschaft in aller Munde sind. Als Orte, in denen sich alle wohl fühlen können. Schenken
126 wird uns das niemand – deshalb brauchen wir den Dialog und die Hilfe zur Integration und
127 zum besseren Verständnis. Polizei und Justiz können dies nicht stellvertretend für uns. Sie
128 können und müssen in Krisensituationen und bei Kriminalität allerdings eingreifen. Sie
129 müssen gleichfalls dafür sorgen, dass das Zeigen rassistischer und faschistischer Symbole
130 und Abbrennen von Asylunterkünften in gleicher Härte verfolgt wird. Uns ist klar, dass es für
131 soziale Prozesse keine Garantie und kein Rezept gibt, mit dem man Probleme wegzaubern
132 kann. Um sich gemeinsam besser einzufinden, sind deutlich mehr Sozialarbeiter*innen nötig,
133 Integrationsmaßnahmen, Wohnungen, KITAS, Jobs und Ausbildungsplätze für Migrant*innen.
134 Und wir selbst sind dafür nötig, denn Integration ist keine Einbahnstraße. Menschen sollen
135 sich nicht „assimilieren“ müssen, sondern in unserer Gesellschaft Wertschätzung erfahren.
136 Nazi-Parolen und Angriffe auf Migrant*innen oder die Bedrohung von Frauen, die ein Kopftuch
137 tragen, sind das Gegenteil einer Lösung. DIE LINKE. kämpft auf allen Ebenen, auf den Straßen
138 und in den Parlamenten gegen jede, wirklich jede Form von Ausgrenzung und Spaltung! Auf

139 europäischer und Landesebene treten wir für ein wirksames Integrationsgesetz ein! Dazu
140 suchen wir den Dialog mit der Zivilgesellschaft unserer Nachbarstaaten, denn Integration darf
141 nicht an der Binnengrenze enden. Zur offenen Gesellschaft gibt es keine erstrebenswerte
142 Alternative.

143 **6. Für uns gibt es kein Zurück zu geschlossenen Grenzen**

144 Gerade wir in Sachsen wissen doch, was es heißt vor geschlossenen Grenzen zu stehen. Viele
145 DDR-Bürger*innen haben sich ihr Leben lang für offene Grenzen eingesetzt. Freizügigkeit ist
146 kein Geschenk, sondern ein erkämpftes Recht, das wir nicht wieder preisgeben dürfen. Seit
147 der Wende wurden enge Bande zu polnischen und tschechischen Gemeinden geknüpft, wurde
148 gemeinsame grenzüberschreitende Infrastruktur geschaffen. Das wollen wir ausbauen:
149 Internationale Schulen, Sprachkurse, die Anerkennung von Berufsabschlüssen europaweit.
150 Wir wollen, dass die EU-Mittel dafür weiterhin für INTERREG-Regionen zur Verfügung stehen.

151 Wir erinnern aber auch daran, dass nach dem 2. Weltkrieg mehr als 40 Millionen Menschen in
152 allen Teilen Europas Zuflucht suchten, allein 14 Millionen in ganz Deutschland. Offene
153 Grenzen muss es weiterhin auch für Menschen in Not geben. Deshalb sind wir stolz, dass die
154 Dresdner „Mission Lifeline“ Menschenleben auf dem Mittelmeer gerettet hat und wir wenden
155 uns gegen jede Kriminalisierung von Lebensretter*innen. Wir streiten für ein humanistisches
156 Asylrecht in Europa, das alle Mitgliedsstaaten zur Beteiligung in die Pflicht nimmt und faire
157 Asylverfahren gewährt. Sowohl geschlossene Lager in Afrika als auch „Ankerzentren“ lehnen
158 wir ab – und hilfreich sind sie im Übrigen auch nicht. Das individuelle Recht auf Asyl, schwer
159 erkämpft unter den blutigen Erfahrungen des 2. Weltkrieges, verteidigen wir! Mit allen
160 demokratischen Kräften arbeiten wir dafür zusammen!

161 **7. Wir kämpfen für mehr Demokratie in Sachsen und Europa**

162 Für viele Bürger*innen ist die Europäische Union wie eine Art Black-Box. Die Regierungen im
163 Europäischen Rat agieren wie Götter im Olymp. Sie treten die Rechte des Europaparlamentes
164 mit Füßen, indem sie Verhandlungen blockieren, das Parlament umgehen, indem
165 Einzelverträge abgeschlossen werden zu Themen, die im Parlament keine Mehrheit finden.
166 Die Zerrissenheit der Union dokumentiert sich am deutlichen an diesem Ort, wo
167 Nationalismus und Egoismus Einzug gehalten haben. Deshalb ist es wichtig, das
168 Europaparlament in seinen Rechten zulasten des Rates zu stärken. Beispielweise muss es die
169 Hoheit über den EU-Haushalt haben, ein Gesetzesvorschlagsrecht bekommen und starke
170 Minderheitenrechte erhalten, sodass der Gang vor den Europäischen Gerichtshof erleichtert
171 wird. Damit das nationale Klein-Klein ein Ende hat, aber auch, damit sich die einfachen
172 Menschen, Arbeiter*innen, Angestellten, Solo-Selbstständigen und Arbeitslosen die Hände
173 reichen und sich gemeinsam zusammenschließen und erheben können, braucht es echte
174 europäische Parteien und nicht zuletzt eine starke europäische Linke.

175 Die Bürger*innen müssen ganz klar wissen, wo was entschieden wird und viel stärker daran
176 beteiligt werden. Direkte Demokratie, verbindliche Bürgerentscheide, aber auch das Einholen

177 von Meinungen, Vorschlägen muss auf einer neuen Stufe vertraglich geregelt werden. Ein
178 Bürger*innenkonvent als ständige Einrichtung könnte dazu beitragen. Und wir brauchen
179 unbedingt europäische Medien, Medien, die nicht nur über Frau Merkels oder Herrn
180 Seehofers Brüsseler Ausflüge berichten und vielleicht noch Herrn Juncker ins Bild setzen. Wir
181 brauchen ein besseres Abbild davon, was auf europäischer Ebene wirklich geschieht, wie
182 Politik dort abläuft und wo sich die Bürger*innen einschalten müssen.

183 **8. Wir setzen uns für mehr Mitbestimmung in den Kommunen ein**

184 Kommunen und Regionen profitieren in vielfältiger Weise von speziellen Förderprogrammen
185 der EU. So gibt es Fördertöpfe, um z.B. den kommunalen Städtebau zu unterstützen, den
186 Ausbau der Infrastruktur, des öffentlichen Nahverkehrs, der Energieversorgung. Es gibt
187 Beihilfen für Regionen, mit denen strukturelle Benachteiligungen vor Ort beseitigt werden
188 können. Über Förderfonds wie dem Europäischen Sozialfonds (ESF) können etwa soziale
189 Projekte Unterstützung erfahren, die der Armutsbekämpfung auf lokaler Ebene dienen, der
190 Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben. Auf der anderen Seite wird ein großer Teil der EU-
191 Regelungen mit unmittelbaren Auswirkungen auf die Kommunen (etwa hinsichtlich
192 Haushaltsrecht, die Ausschreibungspflicht für öffentliche Daseinsvorsorge und
193 Dienstleistungen, Umweltschutz, Kommunalwahlrecht ...) ohne direkte Beteiligung von
194 Vertreter*innen der Kommunen beschlossen. Hier bedarf es der Vertretung kommunaler
195 Interessen durch ein eigenes „Organ“, das nicht nur informell, sondern über ein
196 Mitspracherecht an der Erarbeitung verbindlicher Rechtsakte und Regelungen der EU beteiligt
197 ist. Als einen sinnvollen Schritt in diese Richtung betrachten wir die Stärkung des
198 Ausschusses der Regionen als wichtiges Vertretungsgremium der Kommunen.

199 Als problematisch für eine selbstbestimmte Entwicklung von Kommunen sehen wir auch, dass
200 zentrale Aufgaben der Daseinsvorsorge wie etwa Wasser, Müllentsorgung, Energie von der EU
201 und ihren Mitgliedsstaaten als „normale Waren“ definiert und so in den Binnenmarkt integriert
202 werden, statt sie als besondere Güter und öffentliche Aufgaben zu betrachten und zu
203 bewahren.

204 EU-Regeln der Haushaltsführung, die sich am Prinzip der Kostendeckung orientieren, erlauben
205 es den Kommunen nicht, quer zu subventionieren, etwa Mehreinnahmen aus einem Posten im
206 Haushalt auf einen anderen Bereich wie z.B. Kultur oder Aufgaben der öffentlichen
207 Daseinsvorsorge zu übertragen. Dabei sollte es doch der Gesetzgebung auf europäischer (wie
208 auf Bundes-, und Landes-) Ebene darum gehen, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen,
209 dass vieles von und in den Kommunen selbst entschieden werden kann und die Bürger*innen
210 ermächtigt werden, über die Entwicklung ihres Lebensumfeldes mitzubestimmen.
211 Die Förderung der Vernetzung und des partnerschaftlichen Miteinanders zwischen Regionen
212 und Kommunen, sowie eine intensivere Einbeziehung regionaler und kommunaler Belange in
213 europäische Politik sind im Sinne eines Europas der Regionen unabdingbar.

214 **9. Die Jugend in Europa soll die Zukunft mitgestalten**

215 Es gibt in der Europäischen Union mehr als 70 Millionen junge Europäer*innen zwischen 15

216 und 25 Jahren. Entwicklungen auf der europäischen Ebene beeinflussen das Leben von
217 jungen Menschen maßgeblich, indem sie einerseits neue Chancen aber auch neue Risiken
218 und Probleme mit sich bringen. Die Auswirkungen der Finanzmarktkrise haben z.B. zu
219 massiven Problemen und extrem hoher Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen in vielen Ländern
220 des europäischen Südens geführt. Ländliche Regionen in Polen haben mit gleichen
221 Herausforderungen wie ostdeutsche Regionen zu kämpfen: nicht nur wird die Infrastruktur
222 Schritt für Schritt zurückgebaut, auch zieht es viele jungen Leute in Großstädte, wo sie auf
223 bessere Ausbildungsmöglichkeiten und Jobs hoffen. Weil diese Probleme sich in vielerlei
224 Hinsicht ähneln, bietet es sich an, diese über Grenzen hinweg gemeinsam anzupacken. Es
225 müssen mehr Perspektiven für Jugendliche in Sachsen und überall in Europa, in der Stadt und
226 auf dem Land, geschaffen werden. Dazu gehören attraktive und lebenswerte ländliche Räume,
227 mehr Jugendangebote, mehr Ausbildungs- und Arbeitsplätze und ein aktives (sub)kulturelles
228 Leben. Die EU-Mitgliedsstaaten sollten bei jugendpolitischen Fragen viel stärker
229 zusammenarbeiten. Der Bildungsbereich ist ein hervorragendes Beispiel, das aufzeigt, das
230 hier mehr Zusammenarbeit von Nöten ist. Wer schon mal ein Semester im Ausland studiert
231 hat, weiß wie schwer es ist sich die im Ausland erbrachten Leistungen an der eigenen
232 Hochschule anerkennen zu lassen. Diese bürokratischen Hürden müssen nicht sein und
233 gehören abgebaut. Stattdessen brauchen es europaweit gleichen Zugang zu
234 Bildungseinrichtungen, mehr europäische Austausch- und Stipendienprogramme – und das
235 nicht nur für Student*innen. Es braucht außerdem eine bessere Anerkennung von im Ausland
236 erworbenen Berufs- und Bildungsabschlüssen. Das Programm Erasmus soll gestärkt und
237 Angebote zu Praktika in Europa sollten weiter ausgebaut werden. Mehrsprachige Ausbildung
238 an Schulen sollte selbstverständlich sein, und gerade in Sachsen bieten sich Polnisch und
239 Tschechisch als weitere Fremdsprachen an und sollten daher gefördert werden. Weil sie im
240 Europa von Morgen leben werden, müssen Jugendliche an der Gestaltung der europäischen
241 Politik teilhaben und ein stärkeres Mitspracherecht in Bezug auf ihr Leben betreffende
242 europäische Entscheidungen erhalten, z. B. in einem europäischen Jugendparlament. Für viele
243 sächsische Jugendliche sind offene Grenzen und ein Wochenendtrip nach Prag oder Warschau
244 eine Selbstverständlichkeit. Damit das nicht nur ein Privileg einiger Wenigen mit genug Geld
245 bleibt, sondern sich zu einer Selbstverständlichkeit für alle jungen Menschen in Sachsen
246 entwickelt, brauchen wir ein kostenfreies Europaticket für Schüler*innen, Azubis und
247 Studierende, mit dem sie kostenfrei in unsere Nachbarländer reisen können. Das ÖPNV-Netz
248 zwischen Sachsen, Polen und Tschechien sollte stärker ausgebaut werden.

249 **10. Wir treten dafür ein, dass unsere Daten sicher sind**

250 Die neue Datenschutzgrundverordnung und die Richtlinie für Polizei und Justiz sind so etwas
251 wie die Straßenverkehrsordnung in der digitalen Welt, die alle Bereiche unseres Lebens
252 berührt und seit Jahren verändert. Die Europäische Union hat damit eine Grundlage
253 geschaffen, mit der die Menschen über die eigenen Daten entscheiden können. Daten sind
254 mehr als das Öl des 21. Jahrhunderts, sie sind faktisch unerschöpflich – und sie sind unser
255 Eigentum. Doch sie sind auch Gegenstand von Manipulation und Einfallstor zur Ausspähung
256 ganzer Generationen von Menschen. „In der falschen Datei gelandet“ kann das verheerende

257 Konsequenzen für Menschen haben, für ihren Job, ihr tiefstes Privatleben. Wir wollen auch
258 nicht, dass unsere Daten weltweiten Geheimdiensten frei Haus geliefert werden und diese
259 damit machen können, was sie wollen. Deshalb setzen wir uns für die Umsetzung der
260 beschlossenen EU-Gesetze und für starke Aufsichtsgremien, wie die Datenschutzbeauftragten
261 ein und sagen Facebook und Co.: „Solange ihr Menschen dazu zwingt, zutiefst persönliche
262 und mehr Daten als nötig abzuliefern, solange werdet ihr Ärger mit uns bekommen und die
263 nächste Klage vor dem EUGH ist schon vorbereitet!“
264 Wir haben zugleich Misstrauen gegenüber neuen Datenbanken, die Datensysteme mit vielen
265 Millionen Daten auf europäischer Ebene zusammenführen und damit anfällig sind für
266 Fehlentscheidungen. Wir wollen keinen Überwachungsstaat, weder auf europäischer Ebene,
267 noch zuhause vor Ort, wo man mit mehr Videoüberwachung kriminelle Handlungen auch nicht
268 verhindern kann.

269 **11. Wir wollen, dass alle Menschen am kulturellen Leben teilhaben können**

270 Sachsen mit seiner geografischen Lage im Länderdreieck bietet herausragende Möglichkeiten
271 zu überregionalen kulturellen Beziehungen und Projekten mit Polen und Tschechien. Diese
272 sollen in grenznahen Regionen und auch darüber hinaus intensiviert werden.
273 Grenzübergreifende kulturelle Beziehungen bedeuten nicht nur Hochkultur, sondern auch
274 Sub- und Jugendkultur. Konzerte und Festivals können Orte der Begegnung und Austausches
275 mit unseren Nachbar*innen sein. Ostdeutschland, Polen und Tschechien teilen darüber
276 hinaus auch die Erfahrung der postsozialistischen Transformation und des Strukturwandels,
277 weshalb sich sowohl in Sachsen als auch bei unseren Nachbarn viele leerstehende Fabriken
278 und Industriegelände finden. Statt diese weiter verfallen zu lassen, können hier
279 unkonventionelle Wege gegangen werden. Die alten Industriebrachen können für
280 Künstler*innen und Kulturschaffende aller drei Länder freigegeben werden, um diese mit
281 neuem Leben zu füllen, was auch den ehemaligen Industriezentren zum erneuten Aufblühen
282 verhilft. Es gibt einige EU-Fördertöpfe für kulturelle Projekte. Das Wissen um diese ist jedoch
283 häufig schwer zugänglich. Daher sollen die verfügbaren Fördermittel für kulturelle Projekte
284 transparent gemacht sowie Beratungsmöglichkeiten für einzelne Kulturschaffende, Kreative,
285 Künstler*innen sowie Künstler*innenkollektive angeboten werden. Alle Menschen sollen am
286 kulturellen Leben teilhaben können. Wir fordern kostenlosen Zugang zu Kultureinrichtungen
287 wie Theater, Museen, Musik- und Konzertveranstaltungen.

288 **Wir wollen ein Europa der Menschen und der Solidarität!**

289 Für uns ist Europa ein Projekt der Solidarität, ein Projekt selbstbewusster Bürger*innen, die
290 ihre eigene Demokratie gestalten. Dazu gehört auch, die Vielfalt der Kulturen, der Sprachen,
291 der Lebensstile, der Träume und Visionen, die sonst nur Reisende erleben können, als
292 dauerhafte Stärke dieses Kontinents anzuerkennen. Was wir in Sachsen haben, bringen wir
293 ein und lernen Neues. Wir lassen uns nicht davon abbringen, Gemeinsames für diesen
294 Kontinent zu entwickeln, nach vorn zu treiben, zu erstreiten. Freiheit in Gleichheit, Wohlfahrt,
295 Rechtsstaatlichkeit und starke Grundrechte sollen dafür ebenso Grundlage sein, wie ein

296 demokratischer Aufbruch in Europa. Wir wollen kein Europa des Kapitals, sondern eines für
297 uns Menschen. Für ein solches Europa kämpfen wir, scheinbar gegen den Mainstream und
298 doch mit Mehrheiten. Unsere Vision ist nicht die nationale Grenzstation. Denn es geht nicht
299 um Nationen, sondern um Menschen. Unser Ideal ist auch ein Europa der Regionen und der
300 alte Traum einer sozialen Republik, in alle Menschen frei sein können. Frei von Armut, frei von
301 Gewalt und frei, das eigene Zusammenleben demokratisch zu gestalten. Hier, in Europa.

Entscheidung des Parteitages

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

DIE LINKE. Sachsen**4. Tagung des 14. Landesparteitages****C. Sachantrag an die 4. Tagung des 14. Landesparteitages****C.3. Wohnungspolitisches Konzept für Sachsen**

Einreicher*innen: Caren Lay, Enrico Stange

Der Landesparteitag möge beschließen

Wohnungspolitisches Konzept für Sachsen**Zusammenfassung**

- 1 Wohnen ist auch in Sachsen zu einer der zentralen sozialen Fragen geworden.
 2 Insbesondere in Dresden und Leipzig steigen die Mieten stark an. Vor allem Menschen mit geringen
 3 Einkommen droht die Verdrängung aus ihren Wohnungen und ihrem gewohnten Umfeld. Eine ähnliche
 4 Entwicklung hat mittlerweile auch in kleineren Städten und Gemeinden in den Speckgürteln der
 5 beiden Großstädte eingesetzt. Gleichzeitig leiden viele Mittel- und Kleinstädte sowie Dörfer etwa in der
 6 Lausitz, im Erzgebirge und im Vogtland unter den Folgen der Abwanderung und des demografischen
 7 Wandels. Der Wohnungsleerstand im ländlichen Raum ist weiterhin hoch und dürfte perspektivisch mit
 8 dem Fortgang der demografischen Entwicklung sogar noch ansteigen. Hinzu kommt in ganz Sachsen
 9 ein erheblicher Investitionsbedarf beim altersgerechten und barrierefreien Umbau von Wohnungen,
 10 damit Menschen im Alter in ihren Wohnungen bleiben können.
 11 Die Staatsregierung hat all diese Probleme nicht ausreichend angepackt. Sachsen hält die rote
 12 Laterne in der Wohnungspolitik.
- 13 Ein LINKES Wohnungskonzept muss den unterschiedlichen Problemen in den Ballungsgebieten und in
 14 den ländlichen Räumen gerecht werden. Wir nehmen die Unterschiedlichkeit wahr, ohne Stadt und
 15 Land gegeneinander auszuspielen. DIE LINKE stellt sich den damit verbundenen Herausforderungen.
 16 Dazu haben wir Handlungsvorschläge entwickelt und eine Reihe von Forderungen an Bund, Land und
 17 Kommunen erstellt.
- 18 Zu den zentralen Punkten gehören:
- 19 ■ keine weiteren Privatisierungen von öffentlichen Wohnungsbeständen und Liegenschaften;
 - 20 ■ ein Neustart im sozialen, gemeinnützigen Wohnungsbau, mehr finanzielle Mittel für die Soziale
 21 Wohnraumförderung von Bund und Land und deren zweckgebundene Verwendung sowie
 22 eine Ausweitung des Förderprogramms auf weitere Kommunen;
 - 23 ■ die konsequente Nutzung aller Möglichkeiten, die das Miet- und das Städtebaurecht bieten,
 24 vor allem die Mietpreisbremse, Kappungsgrenze und Milieuschutzsatzungen, um
 25 Mieter*innen vor Mietsteigerungen und Verdrängung zu schützen und gewachsene
 26 Stadtviertel zu erhalten;
 - 27 ■ die verstärkte Anstrengung zur Schaffung altersgerechten und barrierefreien Wohnraums
 28 durch bedarfsgerechte Programme und mehr Fördermittel;
 - 29 ■ bei der geplanten Zusammenführung der Programme Stadtumbau Ost und Stadtumbau West
 30 darf es keine finanziellen Einschnitte für Ostdeutschland geben, sehr wohl aber eine
 31 Schwerpunktverschiebung von der Abrissförderung hin zur Stärkung der Innenstädte und
 32 Ortskerne;
 - 33 ■ der Kampf um die Erhöhung der „Kosten der Unterkunft“ und des Wohngeldes und
 34 ■ die Bekämpfung der Wohnungslosigkeit.

35 Viele engagierte Genossinnen und Genossen leisten eine wichtige Arbeit: vor Ort in den kommunalen
 36 Vertretungen, in den Aufsichtsräten der kommunalen Wohnungsgesellschaften, in Mietervereinen und
 37 Bürger*inneninitiativen sowie auf Bundes- und Landesebene. Der Kampf um bezahlbares und gutes
 38 Wohnen und um attraktive, lebendige Städte und Dörfer bietet viele Anknüpfungspunkte für DIE LINKE
 39 – parlamentarisch, aber auch auf der Straße und nicht zuletzt in den Häusern.

40

41 **Wohnen: Auch in Sachsen eine zentrale soziale Frage**

42 **Problemaufriss: Da steigende Mieten und Verdrängung – dort Landflucht und Leerstand**

43 Wohnen ist mittlerweile auch in Sachsen wieder zu einer der zentralen sozialen Fragen geworden.
 44 Insbesondere in Dresden und Leipzig steigen die Mieten stark an. In Leipzig sind sie für neu
 45 angebotene Wohnungen zwischen 2012 und 2016 um 21 Prozent gestiegen¹, in Dresden zwischen
 46 2009 und 2014 sogar um 35 Prozent. Auch wenn die Quadratmeterpreise hier noch lange nicht so
 47 hoch sind wie in Hamburg oder München, muss jedoch berücksichtigt werden, dass auch die
 48 Einkommen hier deutlich niedriger sind. Der Anteil des Haushaltseinkommens, der für die Miete
 49 aufgebracht werden muss, ist ähnlich hoch.

50 Auch Menschen mit bestehenden Mietverträgen sind von Mietsteigerungen betroffen, vor allem in den
 51 Innenstädten. So stiegen z.B. im Leipziger Zentrum die Bestandsmieten zwischen 2003 und 2015 um
 52 38 Prozent². Über die gesamte Stadt gesehen stiegen die Mieten im ähnlichen Zeitraum um 14,2
 53 Prozent, die Nettoeinkommen jedoch nur um etwa die Hälfte (7,8 Prozent)³. Im Ergebnis droht für
 54 Rentner*innen, Studierende, Erwerbslose, Geringverdiener*innen die Verdrängung aus ihren
 55 Wohnungen und ihrem gewohnten Umfeld in weniger attraktive Stadtgebiete. Viele verlieren die
 56 Sicherheit, ihre Wohnung weiterhin bezahlen zu können oder eine bezahlbare Wohnung zu finden.
 57 Familien mit geringen Einkommen, aber selbst manche Normalverdienenden finden keine bezahlbare
 58 Wohnung mehr. Durch eine sich so vollziehende soziale Entmischung geraten unserer Städte in
 59 Gefahr, dass zunehmend Viertel für Reiche im Zentrum und Viertel für Arme an den Rändern
 60 entstehen. Diese Entwicklung ist in vielen Ballungszentren zu beobachten und macht auch vor
 61 Sachsen nicht halt. Zwar hat ein regelrechter Bauboom in den Innenstädten eingesetzt, doch
 62 verschärft dieser eher das Problem anstatt es zu lösen. Die neuen Wohnungen entstehen fast
 63 ausschließlich im Luxussegment. Nur fünf Prozent der privaten Neubauwohnungen in den 20 größten
 64 deutschen Städten sind für Durchschnittsverdienende leistbar. Gebaut werden vorzugsweise
 65 Eigentumswohnungen als Kapitalanlage oder für Selbstnutzer*innen.

66 Eine ähnliche Entwicklung hat mittlerweile auch in kleineren Städten und Gemeinden in den
 67 Speckgürteln der beiden Großstädte eingesetzt. Die Einwohner*innenentwicklung ist hier meist
 68 deutlich positiver als in den Bevölkerungsprognosen des Bundes und des Landes vorausgesagt wurde.
 69 Aber auch in kleineren Städten wie z. B. in Bautzen oder Plauen werden zum Teil ganze Straßenzüge
 70 oder Wohnblocks von großen Investoren aufgekauft. Je weiter die neuen Eigentümer, häufig große
 71 Wohnungsunternehmen oder Finanzinvestoren mit Sitz in Dresden oder Leipzig, häufiger noch in den
 72 alten Bundesländern und zunehmend auch im Ausland, entfernt sind, desto schwieriger wird es für
 73 Mietervereine, Mieter*inneninteressen anzumelden und durchzusetzen.

74 Der neoliberale Rückzug des Staates aus einer aktiven Wohnungspolitik, die Reduzierung öffentlicher
 75 Gelder für den Wohnungsbau im Zuge der Sparpolitik, das Schleifen von Mieter*innenrechten
 76 hinterlässt auch hierzulande Spuren. Der Drang des Kapitals auf den Immobilienmarkt, nach

¹ Monitoringbericht Wohnen 2016/17. Kleinräumiges Monitoring der Stadtentwicklung. Hrsg. von der Stadt Leipzig, Dezernat Stadtentwicklung und Bau, Stadtplanungsamt, 2017, S. 36-38

² "Überraschende Mietentwicklung in Leipzig: Grünau-Nord auf Platz zwei". LVZ-online vom 22.03.2017; <http://www.lvz.de/Leipzig/Lokales/Uberraschende-Mietentwicklung-in-Leipzig-Gruenau-Nord-auf-Platz-zwei>

³ DIE LINKE Leipzig vom 23. März 2017

77 Investitionen in Wohnungen und Grundstücke im Zuge der Finanzmarktkrisen und der
78 Niedrigzinspolitik kommt erschwerend hinzu. Parallel hält die Abwanderung aus strukturschwachen
79 Regionen in die Großstädte weiterhin an. Die neue Wohnungsnot hat Sachsen erreicht.

80 Gleichzeitig leiden viele Mittel- und Kleinstädte sowie Dörfer etwa in der Lausitz, im Erzgebirge und im
81 Vogtland unter den Folgen der Abwanderung und des demografischen Wandels. Der
82 Wohnungsleerstand im ländlichen Raum ist weiterhin hoch und dürfte perspektivisch mit dem
83 Fortgang der demografischen Entwicklung sogar noch ansteigen. Hier rächt sich eine jahrlange
84 verfehlte Leuchtturmpolitik, die ländliche und strukturschwache Regionen hat ausbluten lassen, die
85 auf niedrige Löhne gesetzt und die Infrastruktur, Schulen, Jugendclubs und vieles mehr fahrlässig
86 abgebaut hat. Sie vermochte den Abstand der strukturschwachen Gebiete zu den Großstädten nicht
87 zu überbrücken, im Gegenteil, sie machte den Graben noch breiter. Deindustrialisierung und
88 Infrastrukturabbau waren schwere Einschnitte, die kurzfristig nicht umkehrbar sind – schon gar nicht
89 mit den Mitteln der Wohnungspolitik. Anstatt Menschen auf Wohnungssuche und denen, die aus ihren
90 Wohnungen verdrängt werden, mit der zynischen Empfehlung zu begegnen, sie sollen doch raus aufs
91 Land ziehen, brauchen wir eine andere Wirtschaftspolitik, die die Mittel- und Kleinstädte und ländliche
92 Räume stärkt und gleichwertige Lebensverhältnisse schafft. Wir brauchen Investition in die
93 Infrastruktur, in die soziale und digitale Infrastruktur und in den öffentlichen Nahverkehr, um das
94 Pendeln zu erleichtern. So kann die Landflucht wieder abgeschwächt werden.

95 Wohnen ist eine soziale Frage und eine Verteilungsfrage. Sachsen ist ein Land der Mieter*innen. Von
96 über zwei Millionen Haushalten leben etwa 1,4 Millionen in Mietwohnungen und nur 700.000 in den
97 eigenen vier Wänden. Die Eigentümer*innenquote von 33 Prozent ist die geringste aller deutschen
98 Flächenländer. In den Großstädten wohnen sogar bis zu 87 Prozent der Menschen zur Miete.

99 Der Anteil des Haushaltseinkommens, der für Wohnen und Energie ausgegeben werden muss, steigt
100 seit Jahren an. Er beträgt im Durchschnitt 36 Prozent⁴, für Alleinlebende und Geringverdiener*innen ist
101 er deutlich höher. In den Großstädten insbesondere wegen zum Teil erheblicher Mietsteigerungen –
102 aber wegen der enormen Steigerungen bei den Nebenkosten auch in Mittel- und Kleinstädten und
103 Dörfern. Das führt einerseits zur Enteignung der städtischen Mittelschichten und trägt zur
104 Umverteilung von unten nach oben, von Nicht-Vermögenden zu Vermögenden bei. Diese Entwicklung
105 belastet vor allem einkommensschwache Haushalte und Geringverdiener*innen. Die
106 Angemessenheitswerte für die „Kosten der Unterkunft“ der Erwerbslosen sind häufig zu niedrig
107 angesetzt. Gleiches gilt beim Wohngeld für Geringverdiener*innen. Angesichts der zunehmenden
108 Altersarmut sind viele Seniorinnen und Senioren mit den Kosten für die altersgerechte und
109 energetische Sanierung ihrer Wohnungen überfordert. Nach einer aktuellen Studie des VSWG können
110 sich alleinlebende Durchschnittsrentner*innen in Sachsen gerade einmal eine Kaltmiete von 3,60
111 €/m² leisten⁵. Solche Mieten sind auch in Sachsen inzwischen schwer zu finden. Die Kosten für den
112 altersgerechten Umbau von Wohnungen übersteigen die finanziellen Möglichkeiten vieler Seniorinnen
113 und Senioren, so dass sie gezwungen sind, in Heime zu ziehen. Dieses Problem wird in den nächsten
114 Jahren aufgrund der Altersarmut deutlich zunehmen, insbesondere in abgehängten und
115 finanzschwachen Regionen⁶.

116 Es fehlt auch an einem ausreichenden Angebot an barrierefreien Wohnungen und Wohnungen für
117 Menschen mit Behinderungen. Rund 88 Prozent der Menschen mit einer Behinderung in Sachsen
118 wohnen nicht in einer bedarfsgerechten barrierefreien Wohnung. Etwa 74.000 Wohnungen müssten

⁴ "36 % der privaten Konsumausgaben wenden die Haushalte für Wohnen auf". Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes (Destatis) vom 13.03.2017

⁵ Wohn(T)räume. Untersuchung zur Bezahlbarkeit des Wohnens in Sachsen. Hrsg. vom Verband Sächsischer Wohnungsgenossenschaften e. V., 2016

⁶ Wohnen der Altersgruppe 65plus. Erstellt vom Pestel-Institut Hannover, 2013. Wohnen im Alter. Marktprozesse und wohnungspolitischer Handlungsbedarf. Hrsg. vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS). Forschungen Heft 147, 2011

119 für sie modernisiert werden, bis 2030 wird der Bedarf auf 77.000 Wohnungen steigen⁷. Da viele
120 kommunale Wohnungsunternehmen nach wie vor mit Altschulden belastet und die kommunalen
121 Kassen klamm sind, braucht es eine erhebliche finanzielle Unterstützung für barrierefreien und
122 altersgerechten Umbau. Vielerorts gibt es einen großen Bedarf an kleinen 1- bis 2-Raum-Wohnungen
123 aufgrund der steigenden Zahl von Singlehaushalten, aber auch von größeren Wohnungen für
124 mehrköpfige Familien, der vom freien Markt nur unzureichend gedeckt wird.

125 In Sachsen gibt es weiterhin Probleme mit der dezentralen Unterbringung von Geflüchteten. Noch
126 immer gibt es vielerorts Massenunterkünfte – selbst dort wo zahlreiche Wohnungen leer stehen. Auch
127 die Zahl der Wohnungslosen und Obdachlosen in Sachsen steigt.

128 DIE LINKE streitet für bezahlbares Wohnen für alle Menschen. Dabei knüpfen wir an die Tradition der
129 Arbeiter*innenbewegung an, die gleichermaßen um höhere Löhne und Arbeiter*innenrechte als auch
130 um besseres Wohnen gekämpft hat. Das Grundrecht auf eine menschenwürdige Wohnung ist für uns
131 LINKE eine unserer wohnungspolitischen Kernforderungen. Es gehört als einklagbares Recht ins
132 Grundgesetz. Unsere Verantwortung in der Politik ist es, dafür zu sorgen, dass jeder Mensch dieses
133 Grundrecht auch wahrnehmen kann.

134

135 **Sachsen hält die rote Laterne bei der Wohnungspolitik**

136 Die sächsische Landesregierung hat vor allem aufgrund von Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung,
137 die sich mittlerweile als unzutreffend herausgestellt haben, und falsche Schwerpunktsetzungen über
138 Jahre so gut wie keine aktive Wohnungspolitik betrieben. Erst der Druck von der Opposition im
139 Landtag und aus den Städten hat dazu geführt, dass sich dies nun langsam ändert. Sachsen ist nicht
140 nur als Abrissmeister bekannt, denn hier wurden die meisten Wohnungen bundesweit abgerissen, hier
141 ist auch bundesweit der größte Abbau an Sozialwohnungen zu verzeichnen. Gelder des Bundes für die
142 soziale Wohnraumversorgung werden bis heute größtenteils für andere Maßnahmen wie
143 Eigenheimförderung und die Finanzierung der Landesanteile anderer Förderprogramme eingesetzt.
144 Auch der rechtliche Spielraum zur Regulierung des Wohnungsmarktes wird in Sachsen nur sehr
145 zögerlich eingesetzt. In anderen Bundesländern übliche wohnungspolitische Maßnahmen wie etwa die
146 Mietpreisbremse, die Zweckentfremdungsverbotsverordnung oder die Ausweisung von
147 Milieuschutzgebieten finden in Sachsen gar keine Anwendung.

148 Der größte Fehler war und ist jedoch die Finanzpolitik in Sachsen, die dem Dogma der „schwarzen
149 Null“ folgt und für diesen Zweck vor allem auf Privatisierung öffentlicher Güter setzt. Auch auf die
150 Kommunen wurde entsprechend Druck ausgeübt, die so zu demselben Mittel griffen und weiterhin
151 greifen müssen. Einer der folgenschwersten Fehler kommunaler Politik war der Verkauf der
152 städtischen Wohnungsgesellschaft WOBA in Dresden, der leider auch von Teilen der damaligen PDS-
153 Fraktion mitgetragen wurde. Aus diesen Fehlern haben wir gelernt und anderswo für den Erhalt
154 kommunaler Wohnungsunternehmen gekämpft. Doch leider ist der Trend zur Privatisierung noch nicht
155 gestoppt. Noch immer wird kommunales Tafelsilber verkauft, nicht selten an große nationale und
156 internationale Wohnungsunternehmen und Finanzinvestoren. Eines muss klar sein: Mit der LINKEN
157 darf es keine Privatisierung öffentlicher Wohnungen geben.

158

159 **LINKE Wohnungspolitik für Sachsen**

160 Ein LINKES Wohnungskonzept muss den unterschiedlichen Problemen in den Städten und auf dem
161 Land gerecht werden. Wir nehmen die Unterschiedlichkeit wahr, ohne Stadt und Land gegeneinander
162 auszuspielen.

⁷ Bedarfsgerecht barrierefreier Wohnraum in Sachsen. Ergebnisbericht. Hrsg. vom Institut für Holztechnologie Dresden gemeinnützige GmbH, 2017

163 LINKE Wohnungspolitik für die angespannten Wohnungsmärkte**164 Mehr Geld für sozialen Wohnungsbau!**

165 Hatte Sachsen im Jahr 2006 noch 134.000 Sozialwohnungen, waren es Jahre 2013 nur noch 7.026⁸.
166 Und seither ist ihre Zahl aufgrund auslaufender Bindungen noch weiter zurückgegangen. Damit hat
167 Sachsen mit 95 Prozent den größten Rückgang an Sozialwohnungen in der ganzen Republik. In Leipzig
168 sind es beispielsweise nur noch etwa 300 Sozialwohnungen, das ist etwa ein Promille des gesamten
169 Wohnungsbestandes der Stadt. Gleichzeitig haben aber z.B. 26 Prozent der Leipziger*innen Anspruch
170 auf eine Sozialwohnung. Die ehemaligen Sozialwohnungen sind als Wohnungen fast immer noch
171 erhalten – weggefallen ist aber die Verpflichtung, sie zu niedrigen Mieten und ausschließlich an
172 Menschen mit einem sogenannten Wohnberechtigungsschein zu vermieten. Das Auslaufen der
173 Belegungsbindung führt im Regelfall zu einer steigenden Mietbelastung für einkommensschwache
174 Haushalte und mittelfristig nicht selten zum Verlust der Wohnung.

175 Zwar wurden in jüngster Zeit die Mittel, die der Bund den Ländern für die soziale Wohnraumförderung
176 zur Verfügung gestellt, beträchtlich erhöht. Insgesamt stehen nun über 1,5 Milliarden Euro in den
177 Jahren 2017 und 2018 zur Verfügung. Sachsen erhält davon pro Jahr 142,5 Mio. €. Davon gibt das
178 Land jedoch nur 40 Mio. €, also weniger als ein Drittel, auch für den sozialen Wohnungsbau aus. Zwar
179 ist es zu begrüßen, dass die Mittel als Zuschussförderung gewährt werden und nicht wie in vielen
180 anderen Ländern als Kredit mit verbilligten Zinsen, doch reicht das Geld nicht annähernd aus. Lieber
181 werden vom Land Sachsen die Mittel aus diesem Topf weiterhin in die Eigentumsförderung investiert.

182 Die beiden Großstädte Leipzig und Dresden erhalten jeweils 20 Mio. €, davon können pro Stadt und
183 Jahr jeweils etwa 400 Sozialwohnungen neu gebaut oder saniert werden. Der Bedarf an neuen
184 Sozialwohnungen liegt deutlich höher. In Leipzig zum Beispiel wird er von der Stadtverwaltung auf ca.
185 850 Wohneinheiten pro Jahr, also mehr als das Doppelte, geschätzt. Bei Neubauwohnungen wird die
186 geförderte Miete bei ca. 6,50 €/m² liegen. Das ist für Menschen, für die Sozialwohnungen gedacht
187 sind und die auf diese angewiesen sind, nicht bezahlbar. Die Miete liegt fast 2 €/m² über den
188 Richtwerten für die sogenannten „Kosten der Unterkunft“, die die Stadt Leipzig beschlossen hat.
189 Würde Sachsen die Bundesmittel zweckentsprechend einsetzen, also mehr Geld für den Sozialen
190 Wohnungsbau ausgeben, wäre es möglich, diese Mieten weiter nach unten zu subventionieren.

191 DIE LINKE fordert einen Neustart im sozialen, gemeinnützigen Wohnungsbau mit unbefristeten
192 Mietpreisbindungen für geförderte Wohnungen. Es kann nicht sein, dass die Belegungsbindung nach
193 15 Jahren ausläuft. Eine Sozialwohnung muss immer eine Sozialwohnung bleiben.

194 Weite Teile der Wohnungswirtschaft setzen weiterhin auf die sogenannte Subjekt- statt der
195 Objektförderung. Statt der Schaffung preiswerter Wohnungen (Objekte) wollen sie allein staatliche
196 Zuschüsse für die Menschen, die ihren Wohnraum nicht allein bezahlen können (Subjekte). Doch kann
197 eine Subjektförderung nicht den Mietenanstieg eindämmen, der Staat ist somit gezwungen, der
198 Preisentwicklung auf dem Markt immer mehr hinterher zu subventionieren. Außerdem lässt sich nur
199 mit einem sozialen Wohnungsbau, der über die gesamte Stadt verteilt wird, die soziale Durchmischung
200 der Stadt sichern und die Konzentration der Armen in den günstigeren Wohnvierteln am Stadtrand
201 verhindern. Wir brauchen daher eine Mischung von Subjekt- und Objektförderung, um auf die
202 unterschiedlichen Probleme reagieren zu können.

203 Sozialer Wohnungsbau wird auch anderswo im Land benötigt!

204 Außerdem fehlen Sozialwohnungen nicht nur in den beiden Großstädten Leipzig und Dresden. Auch in
205 Mittel- und Kleinstädten in deren Speckgürtel wie etwa Markkleeberg und Taucha oder Freital und
206 Radebeul ist der Wohnungsmarkt bereits jetzt zunehmend angespannt. Ähnliche Entwicklungen sind

⁸ Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten Caren Lay, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE: „Sozialer Wohnungsbau in Deutschland – Entwicklung, Bestand, Perspektive“; Bundestagsdrucksache 18/11403

207 etwa auch in Chemnitz, Freiberg oder Meißen absehbar. Obwohl manche dieser Städte Bedarf
208 angemeldet haben, werden sie durch das Land von der Förderung ausgeschlossen. Das ist nicht
209 nachvollziehbar. Auch in anderen Städten ist eine hohe Leerstandsquote auf der einen Seite noch kein
210 Garant dafür, dass Menschen mit geringen Einkommen, Wohnungslose oder Geflüchtete eine
211 Wohnung erhalten.

212 Wir brauchen eine Zweckbindung der Bundesmittel, damit sie auch in Sachsen endlich sachgerecht für
213 die soziale Wohnraumförderung ausgegeben werden. Das sächsische Programm für die Schaffung von
214 Sozialwohnungen muss deutlich aufgestockt und auch anderen Gemeinden im Land zur Verfügung
215 gestellt werden, wenn sie einen entsprechenden Bedarf nachweisen können. Auf Bundesebene setzt
216 sich DIE LINKE für eine deutliche Aufstockung der Fördergelder ein sowie dafür, dass die
217 Bundesförderung auch nach dem Jahr 2019 fortgeführt wird.

218 **Mietpreisbremse schärfen und in Sachsen umsetzen!**

219 Auf Bundesebene kämpft die LINKE für eine wirklich effektive Mietpreisbremse, also für die
220 gesetzliche Deckelung der Neuvertragsmieten. Die zahlreichen Ausnahmen sollen abgeschafft und
221 Vermieter, die sie ganz bewusst unterlaufen, sanktioniert werden. Die Beschränkung des
222 Mietenanstiegs soll künftig unbefristet und nicht nur für die nächsten fünf Jahre gelten. Die
223 verbesserte Mietpreisbremse muss dann auch in Sachsen Anwendung finden. Bislang weigert sich die
224 Landesregierung, selbst die bestehende, also relativ ineffektive Mietpreisbremse umzusetzen.

225 Die sogenannte Kappungsgrenze, nach der Mieten in bestehenden Mietverträgen nur um maximal 15
226 Prozent in drei Jahren erhöht werden darf, ist immer noch viel zu hoch angesetzt. Trotzdem gilt sie in
227 Sachsen bislang nur in Dresden. Sie sollte künftig auch in Leipzig und anderen Kommunen
228 angewendet werden.

229 Groß- und Mittelstädte mit angespannten Wohnungsmärkten sollen künftig qualifizierte Mietspiegel
230 erstellen und die Kommunen hierfür finanzielle Unterstützung durch den Bund oder das Land erhalten.

231 **Milieus schützen, Verdrängung verhindern!**

232 Auch in Sachsen, insbesondere in den Ballungsräumen, sind verstärkte Segregationsprozesse zu
233 verzeichnen, d.h. die unterschiedliche Verteilung bzw. Konzentration sozialer Gruppen auf die
234 Wohnstandorte. So bilden sich Stadtviertel, in denen überwiegend ärmere Menschen, darunter viele
235 Bezieher*innen von ALG II und Migrant*innen, oder Studierende, Familien bzw. Rentner*innen leben.
236 Dem wollen wir entgegen und eine gute soziale Mischung in allen Stadtvierteln erhalten oder
237 schaffen.

238 Kommunen können sogenannte Erhaltungssatzungen für bestimmte Gebiete ihrer Gemeinde erlassen,
239 um insbesondere die soziale Zusammensetzung der Wohnbevölkerung zu erhalten (sogenannter
240 Milieuschutz). Luxussanierungen und Umwandlungen in Eigentumswohnungen, die in der Regel eine
241 rücksichtslose Verdrängung der Mieter*innen zur Folge haben, sollen somit verhindert werden. Deshalb
242 müssen in diesen Gebieten geplante Modernisierungen von der Kommune zusätzlich genehmigt
243 werden. Außerdem kann den Kommunen ein Vorkaufsrecht eingeräumt werden. Zwar beweist die
244 Praxis, dass diese Milieuschutzsatzungen Gentrifizierung und Verdrängung nicht komplett verhindern
245 können, zumal das Bundesrecht zu viele Ausnahmen vorsieht, dennoch sollte diese Möglichkeit auch
246 in sächsischen Städten, insbesondere in Dresden und Leipzig, angewendet werden. Bislang ist dies
247 noch nirgends der Fall. Die Stadtverwaltungen müssen entsprechend geschult und personell
248 ausgestattet werden.

249 Sachsen nutzt die rechtlichen Möglichkeiten, Mieter*innen und Mieter besser vor Verdrängung zu
250 schützen, nicht. Anders als in vielen anderen Bundesländern gibt es kein Zweckentfremdungsverbot
251 mehr, mit dem Wohnraum vor Zweckentfremdung durch Leerstand, Abriss und der Umwandlung in
252 Gewerberaum oder in Ferienwohnungen geschützt werden soll. Dadurch könnte aber Verdrängung von
253 Mieter*innen zumindest eingedämmt werden. Hier ist das Land in der Pflicht, eine Rechtsgrundlage
254 für die Kommunen zu schaffen.

255 **Kleine Gewerbebetriebe besser vor Kündigung und Verdrängung schützen!**

256 Nicht nur Mieter und Mieterinnen von Wohnungen geraten in den Großstädten zunehmend unter
257 Druck, auch kleine Läden und Gewerbebetriebe sind von Gentrifizierung und Verdrängung betroffen.
258 Zunehmend werden Läden in Wohnungen und Gewerbeimmobilien in Lofts umgewandelt. DIE LINKE
259 kämpft auf Bundesebene für einen besseren Kündigungsschutz bei Gewerbemietverträgen und auf
260 allen Ebenen für die Unterstützung des lokalen Einzelhandels anstatt der weiteren Ausbreitung von
261 globalisierten Handelsketten.

262 **LINKE Wohnungspolitik für strukturschwache Regionen**

263 **Bund-Länder-Programm „Stadtumbau Ost“ weiterentwickeln!**

264 Mit dem von Bund und Ländern gemeinsam finanzierten Städtebauförderprogramm "Stadtumbau Ost"
265 sollten zwischen 2002 und 2016 die Lebens-, Wohn- und Arbeitsqualität in ostdeutschen Städten und
266 Gemeinden nachhaltig gesichert und erhöht werden. In Sachsen wurden die Mittel vor allem für den
267 sogenannten Rückbau eingesetzt, wodurch das Land den zweifelhaften Titel des Abrissmeisters
268 erlangte. Vor allem wurde in Sachsen der Komplettabriss bevorzugt, anstatt nur die oberen Geschosse
269 von Mehrfamilienhäusern abzutragen. Diese Maßnahmen dienten nicht nur der Leerstands-beseitigung,
270 sondern auch der Angebotsverknappung, um das Mietniveau hoch zu halten. Skandalös ist es, dass
271 mancherorts selbst solche Wohnungen abgerissen wurden, die zuvor mit öffentlichen Gelder gefördert
272 worden waren.

273 Angesichts der hohen Wohnungsleerstände ist der Abriss dauerhaft nicht mehr benötigter
274 Wohngebäude in einigen Kommunen weiterhin notwendig. Klar ist jedoch: Der Abriss von Wohnungen
275 darf nicht länger Leitbild der sächsischen Wohnungspolitik sein. Es kann nicht sein, dass weiterhin
276 dort Wohnungen abgerissen werden, wo Wohnraum für Geringverdiener oder Geflüchtete fehlt. Abriss
277 von Wohnungen darf nur noch extremen Leerstandssituationen vorbehalten bleiben. Städte wie
278 Hoyerswerda werden auch weiterhin Unterstützung beim Abriss brauchen. Hier soll jedoch vermehrt
279 auf den sogenannten Teilrückbau, also das Abtragen der oberen Geschosse anstatt eines
280 Komplettabrisses gesetzt werden.

281 Der Schwerpunkt der Förderung soll künftig jedoch bei der Verbesserung der Wohnungen und des
282 Wohnumfeldes in den Stadtteilen und der Modernisierung sowie dem alters- und
283 behindertengerechten Umbau von Gebäuden liegen. Der kommunale Eigenanteil bei
284 Aufwertungsmaßnahmen ist künftig zu streichen. Hier muss wie beim so genannten „Rückbau“, also
285 beim Abriss, 100-Prozent-Förderung möglich sein. Denn solange für andere Programmbestandteile ein
286 kommunaler Eigenanteil verlangt wird, sind viele Kommunen allein wegen fehlender Eigenmittel
287 gezwungen, den Abriss gegenüber der Aufwertung vorzuziehen.

288 Nun wird der „Stadtumbau Ost“ mit dem Programm „Stadtumbau West“ (seit 2004) zu einem
289 einheitlichen Stadtumbauprogramm zusammengeführt. Bei der Zusammenlegung beider Programme
290 besteht die Gefahr, dass Ostdeutschland künftig weniger Fördermittel erhält. Da jedoch der Bedarf
291 hier immer noch deutlich höher ist, wird sich DIE LINKE vehement gegen Kürzungen des Budgets für
292 Ostdeutschland einsetzen.

293 **Bestandsgebäude im Stadt- oder Dorfkern sanieren statt neue Eigenheime am Rand bauen!**

294 Nicht nur angesichts der demografischen Entwicklung und der Leerstände müssen wir uns künftig auf
295 die Entwicklung des Gebäudebestandes im Kern der Städte und Dörfer konzentrieren. Statt sich
296 weiterhin auf die Eigenheimförderung an den Ortsrändern zu konzentrieren, wie es die
297 Landesregierung tut, wäre es sinnvoller, Konzepte zur **Wiederbelebung der Ortskerne zu**
298 **entwickeln. Mit dem sogenannten Wallmeroder Modell „Leben im Dorf – Leben mittendrin!“** oder
299 Förderprogrammen wie z. B. „Jung kauft Alt – Junge Menschen kaufen alte Häuser“ wurden anderswo

300 bundesweit beachtete Ergebnisse erzielt. Mit dem Förderprogramm „Vitale Dorfkerne und Ortszentren
301 im ländlichen Raum“ stehen nun endlich auch für sächsische Kleinstädte und Dörfer ähnliche
302 Möglichkeiten zur Verfügung. Vielerorts gibt es einen ungedeckten Bedarf an großen 4- und mehr-
303 Zimmerwohnungen für Familien – sowohl als Miet- als auch als Eigentumswohnungen. Die
304 Stadtumbauprogramme sollen auch für den familienfreundlichen Umbau von Wohnungen genutzt
305 werden können.

306 **LINKE Wohnungspolitik für das gesamte Land**

307 **Kommunale Wohnungsgesellschaften stärken und Rekommunalisierungsfonds auflegen!**

308 Wohnen ist für DIE LINKE ein Teil der Daseinsvorsorge. Wir sind davon überzeugt, dass
309 Wohnungsversorgung eine öffentliche Aufgabe ist. Bezahlbare Wohnungen sind Teil der öffentlichen
310 Daseinsfürsorge wie die Bereitstellung von Wasser, Energie und dem ÖPNV. Ein hoher Anteil
311 kommunalen Eigentums ist zentral, damit Wohnen bezahlbar bleibt. Dass dies in vielen sächsischen
312 Kleinstädten nach wie vor der Fall ist, ist einer von mehreren Gründen für ein vernünftiges Preisniveau
313 in diesen Städten. Deshalb wollen wir bestehende kommunale Wohnungsgesellschaften stärken und
314 die Kommunen beim Aufbau wohnungswirtschaftlicher Eigenbetriebe unterstützen. Wir LINKEN halten
315 die Bestimmung der Sächsischen Gemeindeordnung, der zufolge, der kommunale Wohnungsbestand
316 keine marktbeherrschende Stellung einnehmen darf, und die entsprechende Auslegung, wonach die
317 Grenze bereits bei 15 bis 20 Prozent Marktanteil liegt, daher für falsch. Noch immer wird dies als
318 Begründung für Privatisierung genutzt.

319 Hunderttausende Wohnungen der öffentlichen Hand wurden in den letzten 20 Jahren im gesamten
320 Bundesgebiet privatisiert. Auch in Dresden haben Teile der damaligen PDS-Fraktion den kompletten
321 Verkauf der kommunalen WOBA ermöglicht. Dies hat nicht nur die Glaubwürdigkeit linker Politik
322 nachhaltig gestört, sondern ist mitverantwortlich für den starken Mietenanstieg in dieser Stadt. Die
323 Wiedergründung einer kommunalen Wohnungsgesellschaft in Dresden, die DIE LINKE gegen viele
324 Widerstände, auch bei SPD und Grünen, durchgesetzt hat, ist ein wichtiger Schritt, um die Fehler der
325 Vergangenheit zu heilen und wieder unmittelbar Einfluss auf die Bautätigkeit in der Stadt nehmen zu
326 können. Mittlerweile bieten private Wohnungsunternehmen zunehmend auch in Mittel- und
327 Kleinstädten an, die Bestände der kommunalen Wohnungsunternehmen komplett oder in Teilen
328 abzukaufen. Angesichts knapper Kassen der Kommunen besteht die Gefahr, dass hier die gleichen
329 Fehler erneut gemacht werden. Dies werden wir als linke Kommunalpolitiker*innen beobachten und
330 den Bestand an kommunalem Eigentum verteidigen! Im Bundestag fordern wir einen
331 Rekommunalisierungsfonds des Bundes, damit die Gemeinden ehemals privatisierte
332 Wohnungsbestände wieder zurückerwerben können. Die Kommunen sollten darüber hinaus ein
333 gesetzlich geregeltes Vorkaufsrecht für diese und andere Mietwohnungen erhalten. Die
334 Bestimmungen für Fördermittel im Bereich Wohnen und Bauen müssen so gestaltet sein, dass
335 kommunale Wohnungsunternehmen sie in Anspruch nehmen können, am besten sogar vorrangig.

336 **Wohnungsgenossenschaften unterstützen!**

337 Neben den kommunalen Wohnungsunternehmen sind die Wohnungsgenossenschaften wichtige
338 Partner bei der sozialen Wohnraumversorgung, die gestärkt werden müssen. Die über 200 großen
339 Wohnungsgenossenschaften in Sachsen verfügen über einen Bestand von ca. 275.000 Wohnungen.
340 Fördermittel im Bereich Bauen und Wohnen sollten neben den kommunalen Wohnungsgesellschaften
341 vorrangig an Genossenschaften ausgegeben werden. Noch immer belasten Altschulden aus der DDR
342 die kommunalen Wohnungsgesellschaften und die Wohnungsgenossenschaften, auch wenn das
343 Thema in den letzten Jahren aus dem medialen Focus gerückt ist. Doch stellen die Altschulden nach
344 wie vor eine erhebliche Belastung für die Unternehmen dar und behindern notwendige Investitionen in
345 den Bestand. Die anderen Parteien haben das Thema offensichtlich aufgegeben. DIE LINKE hält daran

346 fest, dass dafür endlich Lösungen gefunden werden müssen, die eine Altschuldenentlastung nicht nur
347 bei Rückbau und Teilrückbau vorsehen.

348 **Kooperative Wohnprojekte wie das „Mietshäuser Syndikat“ und preiswerte Mietwohnungen**
349 **zum Selbstausbau fördern!**

350 Kooperative Wohnprojekte, seien es Genossenschaften, Vereine, GmbHs oder andere Rechtsformen,
351 bei denen alle Mieter*innen ihr Haus im kollektiven Eigentum gemeinsam verwalten, gibt es in
352 wachsender Zahl in den drei sächsischen Großstädten - allein in Leipzig weit über 60. Aber auch in
353 Mittelstädten wie etwa Plauen oder ländlichen Räumen entstehen immer mehr solcher Projekte, die
354 dauerhaft bezahlbaren Mietwohnraum schaffen, oft mehrere Generationen verbinden, soziale Anker in
355 den Quartieren bilden sowie Arbeit und Wohnen zusammenbringen. Das ist eine gute Bereicherung
356 unserer Städte mit sozialem, solidarischem und selbstverwaltetem Wohnraum, den DIE LINKE begrüßt.
357 Diese am Genossenschaftsgedanken orientierten Projekte wie z.B. die bislang zwanzig
358 Hausgemeinschaften im Verbund des „Mietshäuser Syndikats“ in Sachsen sollen unter anderem durch
359 entsprechende Beratung z.B. für Neugründung und Finanzierung oder beim Erwerb von Grundstücken
360 und Gebäuden etwa durch Konzeptvergaben unterstützt werden.

361 In der Phase der Schrumpfung und danach wurde in Leipzig die Modelle der „Wächterhäuser“ und
362 „Ausbauhäuser“ und andere Eigentümer*innen-Mieter*innen-Kooperationen entwickelt. Unsanierete
363 Altbauten werden dabei sowohl durch den/die Eigentümer*in als auch die Mieter*innen mit viel
364 Eigenleistung niedrigschwellig instandgesetzt, anschließend für gar keine oder eine relativ geringe
365 Kaltmiete zum Arbeiten oder Wohnen genutzt und gleichzeitig vor Vandalismus und weiterem Verfall
366 geschützt. 18 überwiegend gründerzeitliche, denkmalgeschützte Häuser konnten so in Leipzig als
367 „Wächterhäuser“ wiederbelebt werden. Später wurde das Modell in andere sächsische Städte wie
368 Görlitz und Zittau und Dörfer in der Dübener Heide übertragen. DIE LINKE will solche
369 Zwischennutzungsmodelle und Kooperationen von Eigentümer*innen und Mieter*innen vor allem in
370 den weiterhin schrumpfenden Städten und Dörfern stärker unterstützen und nach Wegen suchen, sie
371 zu verstetigen.

372 **Neue Wohnungsgemeinnützigkeit einführen!**

373 Der Markt wird die Probleme bei der Wohnungsversorgung nicht richten. Deshalb muss eine
374 Alternative zum privatwirtschaftlichen Wohnungsmarkt geschaffen und ausgebaut werden. Anstelle
375 der herrschenden Profitlogik setzt DIE LINKE eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit, eine Art Non-
376 Profit-Sektor in der Wohnungswirtschaft. Wir wollen auf der Gemeinnützigkeit, wie sie in der
377 Bundesrepublik bis 1989 bestand, aufbauen und sie an die Erfordernisse unserer Zeit anpassen.

378 Die neue Wohnungsgemeinnützigkeit folgt einem einfachen Prinzip: Wer sich dem Gemeinwohl
379 verpflichtet, erhält steuerliche Vergünstigungen, Förderungen und andere Anreize und Vorrechte, die
380 helfen, den öffentlichen Auftrag der Wohnungsversorgung für Menschen mit mittleren und niedrigen
381 Einkommen zu erfüllen. Nur so kommen wir weg vom Dogma der Gewinnmaximierung und Profitlogik.
382 Die Gewinne sind gedeckelt und dürfen allein in den gemeinnützigen Zweck reinvestiert werden.
383 Träger der neuen Gemeinnützigkeit können kommunale Wohnungsunternehmen, Genossenschaften,
384 aber z.B. auch kooperative Wohnprojekte werden.

385 **Privatisierung von öffentlichen Grundstücken stoppen, für eine soziale Liegenschafts- und**
386 **Bodenpolitik!**

387 Sowohl der Bund als auch das Land und die Kommunen verfügen immer noch über eine beträchtliche
388 Anzahl an Immobilien. Die für den Verkauf nicht mehr benötigter Immobilien des Bundes zuständige
389 Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) veräußert diese fast immer zum Höchstpreis, anstatt sie
390 Ländern und Kommunen zur Schaffung preisgünstigen Wohnraums zur Verfügung zu stellen oder
391 stadtentwicklungspolitische Ziele in den Vordergrund zu stellen. Wie auch im Bund brauchen wir im
392 Land Sachsen und in den Kommunen endlich eine andere Liegenschaftspolitik und ein Vorkaufsrecht

393 der Kommunen bei bundes- und landeseigenen Grundstücken. Auf allen Ebenen streitet DIE LINKE für
394 eine Abkehr vom Höchstpreisverfahren. Den Zuschlag soll stattdessen der Anbieter erhalten, der das
395 beste und sozialste Konzept vorschlägt, vorzugsweise kommunale Wohnungsunternehmen,
396 Genossenschaften und gemeinnützige Träger.

397 Wir wollen, dass Grundstücke öffentlicher Eigentümer künftig in erster Linie im Erbbaurecht vergeben
398 werden. Das ist auch ein wichtiger Schritt, um die Spekulation mit Wohnungen und Boden zu
399 bekämpfen. Auf Bundesebene streiten wir für einen Bodenfonds, um Kommunen zu unterstützen, ihr
400 Vorkaufsrecht wahrnehmen zu können. Wir brauchen eine gesetzliche Bodenpreisbremse, um die
401 Spekulation mit Bauland, aber auch mit Ackerland zu unterbinden.

402 **Für eine neue Mieter*innenbewegung!**

403 **Mietervereine, Verbraucherzentralen, Sozialstationen und Stadt(teil)initiativen stärken!**

404 DIE LINKE unterstützt Mieter*innen und alle Menschen, die sich gegen Mietsteigerungen und
405 Verdrängung wehren. Wir brauchen eine kraftvolle Mieter*innenbewegung und empfehlen daher,
406 Mitglied in den lokalen Mietervereinen zu werden und deren Beratungsangebote wahrzunehmen. Dies
407 gilt ebenso für die Angebote der Verbraucherzentralen und Sozialstationen in den Kommunen. Die in
408 Sachsen oft chronisch unterfinanzierten Institutionen sollen gestärkt werden. Auch Gruppen und
409 Stadtteilinitiativen, die sich für ein „Recht auf Stadt“ und eine demokratische Stadtentwicklung „von
410 unten“ einsetzen, leisten wichtige Basisarbeit. Sie alle sind Partner*innen im Kampf für eine soziale
411 Wohnungsversorgung und Stadtentwicklung. Deshalb müssen sie unterstützt und ihre
412 Beratungsangebote weiter ausgebaut werden. Wir brauchen nicht nur mehr Beteiligung, sondern
413 tatsächliche Mitsprache und Mitentscheidung der Bürger*innen bei der Stadtentwicklung und bei
414 Bauvorhaben.

415 Die Mieter*innen müssen bei ihren Belangen mitbestimmen können. Daher sollen bei öffentlichen
416 Wohnungsunternehmen die demokratischen Mitwirkungsrechte von Mieter*innen in Beiräten gestärkt
417 werden und Vertreter*innen Sitze in den Aufsichtsräten erhalten. Auch bei den
418 Wohnungsgenossenschaften unterstützen wir die Demokratisierung und wollen das
419 Genossenschaftsrecht entsprechend ändern. Die Genossenschaftsmitglieder sollen wieder mehr
420 Mitsprache erhalten und über die Höhe der Miete sowie über Investitionen und Modernisierungen
421 mitentscheiden können. Die Geschäftsprozesse und Geldströme der Genossenschaften müssen
422 gegenüber ihren Mitgliedern vollständig offengelegt werden. Das Recht der Generalversammlung, dem
423 Vorstand geschäftspolitische Weisungen zu erteilen, soll wieder eingeführt werden.

424 **„Kosten der Unterkunft“ – Wohnen für Erwerbslose, aufstockende Erwerbstätige und weitere** 425 **Transferleistungsbeziehende bezahlbar machen!**

426 Grundsätzlich will die LINKE das Hartz IV-System und damit auch die jeweiligen Regelungen für die
427 „Kosten der Unterkunft“ abschaffen und durch gute Arbeit, eine bessere Erwerbslosenversicherung
428 und eine bedarfsgerechte individuelle Mindestsicherung ohne Sanktionen und Kürzungen ersetzen.
429 Die Höhe soll derzeit 1.050 Euro pro Monat betragen und für Erwerbslose, aufstockende
430 Erwerbstätige, Langzeiterwerbslose und Erwerbsunfähige gelten. Davon können die Menschen sowohl
431 den Bedarf zum Leben als auch die Bruttowarmmiete bestreiten. Bei Bedarf würde zusätzlich ein
432 Wohngeld gezahlt.

433 Kurzfristig sind Verbesserungen innerhalb des bestehenden Systems notwendig: Die Kosten der
434 Unterkunft werden häufig systematisch heruntergerechnet und den demokratisch gewählten Kreis-
435 oder Stadtrat*innen häufig nicht einmal mehr zur Entscheidung vorgelegt. Vorschläge von Jobcentern,
436 nach denen erwachsene Erwerbslose, aufstockende Erwerbstätige und weitere
437 Transferleistungsbeziehende einen Wohnraum von nur 24 m² anmieten sollen, der preislich innerhalb
438 der Angemessenheitsgrenzen liegt, sind als Existenzminimum Wohnen unzumutbar. Auch in Sachsen
439 häufen sich Hinweise, dass Menschen, die auf Hartz IV angewiesen sind, zum Umzug gezwungen
440 werden und/oder keine neue Wohnung finden, weil die Mieten schneller steigen als die Richtwerte für

441 die Kosten der Unterkunft angepasst werden. Die Prüfung der Verfügbarkeit von menschenwürdigen
442 und angemessenen Wohnraum, der den Mindestanforderungen entspricht, muss sorgfältiger erfolgen.

443 Wir wollen nicht nur eine rechtskonforme Ermittlung, sondern die Erhöhung der Mietobergrenzen. Alle
444 angemessenen Wohnkosten sind zu ersetzen. Maßstab für die Mietkosten soll der Mittelwert der
445 ortsüblichen Vergleichsmiete sein. Dabei wird die Bruttowarmmiete berücksichtigt, d. h. ein
446 wechselseitiger Ausgleich von Bruttokaltmiete und Heizkosten ist bei Überschreitung einer der
447 Angemessenheitsgrenzen möglich. Heizkosten sind in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen zu
448 finanzieren, wenn sie sich bei einer Einzelfallprüfung als angemessen herausstellen. DIE LINKE streitet
449 dafür, dass Zwangsumzüge von Hartz IV-Beziehenden weitgehend vermieden werden und setzt sich
450 auf kommunaler Ebene für höhere Angemessenheitsgrenzen bei den „Kosten der Unterkunft“ ein.

451 Neben kommunalen Wohnungsgesellschaften bieten auch Wohnungsgenossenschaften preisgünstige
452 Mietwohnungen an. Die dabei zu zahlenden Genossenschaftsanteile müssen von den Jobcentern
453 künftig überall als Wohnungsbeschaffungskosten vollständig übernommen werden. Sie dürften nicht,
454 wie zum Teil üblich, verweigert oder in Raten vom Regelsatz eingehalten werden.

455 Außerdem müssen auch junge Erwachsene zwischen 18 und 25 Jahren, die ALG II beziehen, das
456 Anrecht auf eine eigene Wohnung haben und dürfen nicht gezwungen werden, bei ihren Eltern wohnen
457 zu bleiben. Dies behindert junge Menschen nicht nur in einer eigenständigen und selbstbestimmten
458 Entwicklung, es führt auch zum Anstieg der Wohnungslosigkeit in dieser Altersgruppe.

459 **Wohngeld regelmäßig anpassen, Heizkostenzuschlag und Klimakomponente einführen!**

460 Noch immer schämen sich viele Menschen, Wohngeld oder andere Sozialleistungen in Anspruch zu
461 nehmen. Wir LINKEN sagen ganz klar: Wohngeld ist ein Rechtsanspruch von Menschen mit geringen
462 Einkommen und kein Almosen. Die Möglichkeit, Wohngeld in Anspruch zu nehmen, muss öffentlich
463 beworben werden.

464 Auch das Wohngeld muss den steigenden Mietkosten regelmäßig angepasst werden und nicht nur
465 aller fünf oder sechs Jahre. Dafür kämpft DIE LINKE auf Bundesebene. Die Anpassung muss die
466 gestiegenen Wohnkosten im Verhältnis zum Einkommen berücksichtigen. Der Kreis der
467 anspruchsberechtigten Haushalte muss erweitert und das Wohngeld deutlich erhöht werden. Bei
468 Warmwasser und Heizung müssen die tatsächlichen Kosten berücksichtigt werden. Der
469 Heizkostenzuschuss beim Wohngeld muss wieder eingeführt und um eine Klimakomponente erweitert
470 werden, damit sich die Betroffenen ihre Wohnung auch noch nach einer energetischen Sanierung
471 leisten können.

472 **Kosten der energetischen Sanierungen abfedern!**

473 Teure und überzogene Modernisierungen treiben die Mieten in die Höhe und nicht selten Menschen
474 auch aus ihren Wohnungen. Der eingesetzte Aufwand steht oft in keinem realen Verhältnis zu den
475 anschließend erzielten Energieeinsparungen. Wir wollen die Modernisierungsumlage abschaffen, da
476 sie falsche Anreize setzt. Die Kosten der energetischen Gebäudesanierungen müssen gerecht verteilt
477 und dürfen nicht mehr allein auf die Mieter*innen abgewälzt werden. Auch die Vermieter*innen
478 müssen ihren Anteil tragen, außerdem ist eine ausreichende öffentliche Förderung bereitzustellen. DIE
479 LINKE im Bundestag fordert daher eine Anhebung der Fördermittel für die energetische
480 Gebäudesanierung auf mindestens fünf Mrd. Euro im Jahr. Wir empfehlen sinnvolle und effektive statt
481 überzogene energetische Sanierungen, die Warmmietenneutralität zum Ziel haben. Es sollen nicht
482 mehr Kosten für die energetische Sanierung auf die Mieter*innen umgelegt werden können als
483 danach an Heiz- und sonstigen Energiekosten eingespart wird.

484 **Betriebskosten senken, Energie wieder bezahlbar machen!**

485 Mieter*innen und Mietervereine klagen zunehmend darüber, dass immer mehr Kosten, die früher beim
486 Vermieter lagen, nun auf die Mieter*innen umgelegt werden. Oder es werden neue Ausgabenposten

487 wie Wartungsarbeiten angeführt, die die Betriebskosten in die Höhe treiben. Immer weiter verbreitet
 488 ist das sog. Contracting, bei dem die Energieversorger nicht nur Wärme liefern, sondern auch die
 489 Heizungsanlage auf eigenes Risiko betreiben. Für sie und die Hauseigentümer*innen bedeutet dies
 490 eine Reihe von Vorteilen, die Nachteile erleiden meist die Mieter*innen. Häufig haben sie trotz
 491 unveränderten Heizverhaltens oder gar bewusster Einsparung höhere, oft sogar überdurchschnittlich
 492 hohe Heizkosten. Gleichzeitig verringern sich die Möglichkeiten, die Preise zu überprüfen oder
 493 Einspruch gegen die Kosten zu erheben. DIE LINKE unterstützt den Trend zum Contracting, den auch
 494 kommunale Wohnungsunternehmen vermehrt gehen wollen, nicht. Ebenso belasten teure
 495 Fernwärmeverträge vielerorts das Budget der Mieter*innen. Es kann des Weiteren nicht sein, dass
 496 Vermieter*innen immer mehr Ausgabenposten erfinden, die sie auf die Mieter*innen umlegen, und
 497 dass die Kosten für Wartungsarbeiten immer mehr steigen.
 498 Auch Strom muss für alle bezahlbar sein: Wir wollen die Strompreise senken durch Abschaffung der
 499 Industrierabatte, die die Verbraucher*innen mitbezahlen, die Abschaffung der Stromsteuer und die
 500 Einrichtung eines Energiewendefonds.

501 **Ausreichend Wohnheimplätze für Auszubildende und Studierende bereitstellen!**

502 Auszubildende und Studierende konkurrieren vor allem auf den angespannten Wohnungsmärkten in
 503 Dresden und Leipzig mit Geringverdiener*innen, Familien u.a. um günstige Wohnungen. Die Nachfrage
 504 nach Wohnheimplätzen steigt und kann schon heute kaum gedeckt werden. Den insgesamt 2,8
 505 Millionen Studierenden an den deutschen Hochschulen standen Anfang 2016 lediglich rund 240.000
 506 öffentlich geförderte Wohnheimplätze zur Verfügung. Das heißt nicht einmal jede*r zehnte
 507 Studierende lebt in einem solchen Wohnheim⁹. In Sachsen sind die Verhältnisse etwas besser: Für
 508 über 110.000 Studierende gibt es etwas mehr als 16.000 Wohnheimplätze¹⁰, d.h. etwa jede*r siebte
 509 kann im Wohnheim wohnen. Doch neu gebaut werden fast nur private Luxus-Appartementhäuser für
 510 Studierende. Die vier Studierendenwerke Chemnitz-Zwickau, Dresden, Freiberg und Leipzig brauchen
 511 nicht nur mehr finanzielle Mittel von Bund und Land, sondern müssen dem wachsenden Bedarf dann
 512 auch nachkommen, um dauerhaft günstigen Wohnraum für Studierende bereitstellen zu können. Die
 513 Anzahl der zur Verfügung stehenden Wohnheimplätze muss erhöht werden!

514 **Geflüchtete dezentral und in eigenen Wohnungen unterbringen!**

515 In einigen Städten und Landkreisen werden Geflüchtete weiterhin in Massenunterkünften
 516 untergebracht. Das ist vor allem dort nicht nachvollziehbar, wo gleichzeitig bezugsfertige oder
 517 sanierungsfähige Wohnungen leer stehen und so ebenfalls Kosten verursachen. Ziel muss es sein,
 518 dass auch Geflüchtete während und nach ihren Asylverfahren so schnell wie möglich selbständig in
 519 eigenen Wohnungen leben können. Vermittlungsstellen von Wohnungen und Wohnungspatinnen und -
 520 paten wie z.B. die Leipziger „Kontaktstelle Wohnen“ brauchen mehr Unterstützung. Selbstverständlich
 521 braucht es bei einer dezentralen Unterbringung auch die Betreuung und Unterstützung durch eine
 522 ausreichende Zahl von Sozialarbeiter*innen.
 523 Für die sächsischen Kommunen soll ein Generalmietermodell entwickelt werden, um bestehende
 524 Probleme bei der Anmietung von Wohnungen für Geflüchtete und andere Menschen, die
 525 Schwierigkeiten haben, sich selbst auf dem Wohnungsmarkt zu versorgen, zu lösen und um
 526 längerfristige und günstigere Mietkonditionen für soziale Träger und Projekte zu erreichen.

527 **Wohnungslosigkeit bekämpfen! Zwangsräumungen verhindern!**

528 Auch in Sachsen gibt es immer mehr Menschen, die von Wohnungslosigkeit betroffen oder bedroht
 529 sind. Die Wohnungslosenhilfe der Diakonie Sachsen betreute im Jahr 2015 2.722 Menschen, die

⁹ Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Stefan Müller vom 7. November 2016 auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Caren Lay (DIE LINKE): „Anzahl von Studierenden in den Jahren 2016/2017 und Anzahl der öffentlich geförderten Wohnheimplätze“; Drucksache 18/10313 Nr. 69

¹⁰ Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Statistischer Bericht B III 1 -j/16: Studierende an den Hochschulen im Freistaat Sachsen 2016; Kamenz 2017; Angaben der vier Studierendenwerke in Sachsen

530 bereits wohnungslos sind oder deren Wohnung gefährdet ist. Hinzu kamen über 450 mitbetroffene
 531 Partner*innen und Kinder¹¹. Die Tendenz ist aufgrund der weiteren sozialen Ausgrenzung, aber auch
 532 aufgrund von Geflüchteten, die keine Wohnung finden, steigend. Allerdings weigert sich die
 533 Landesregierung, einen von der LINKEN geforderten offiziellen Bericht über die Situation der
 534 Wohnungslosigkeit zu erstellen. Auch auf Bundesebene gibt es leider keine Wohnungslosenstatistik.
 535 Wir sind dagegen der Auffassung, dass die genaue Kenntnis von Fallzahlen eine wesentliche
 536 Voraussetzung für eine auf Vermeidung und Beseitigung von Wohnungslosigkeit gerichteten Politik ist.
 537 Wir müssen deren Ursachen genauer kennen, um ein Gesamtkonzept gegen Wohnungslosigkeit
 538 erstellen zu können.

539 Im Rahmen der neu zu treffenden Vereinbarungen zum Sozialen Wohnungsbau muss jeweils auch ein
 540 Anteil von Wohnungen festgelegt werden, bei denen die Kommune mit Benennungs-, und
 541 Besetzungsrechten ganz bestimmte Mieter und Mieterinnen vorschlägt, die der Eigentümer nur bei
 542 triftigen Gründen ablehnen kann. Die Institutionen, die von Wohnungslosigkeit betroffene oder
 543 bedrohte Menschen beraten und ihnen Wohnungen und Unterkünfte zur Verfügung stellen oder
 544 vermitteln, müssen auskömmlich finanziert werden. Es nicht nur für die Menschen selbst besser,
 545 sondern insgesamt auch günstiger, den Verlust der Wohnung noch abzuwenden, anstatt aus der
 546 Wohnungslosigkeit heraus eine neue Wohnung zu suchen.

547 Eine wesentliche Ursache für Wohnungslosigkeit sind Zwangsräumungen. Im Jahr 2015 gab es in
 548 Sachsen insgesamt 4.762 Räumungsklagen, die meisten davon wegen Mietschulden. Leipzig nimmt
 549 dabei mit 1.369 Räumungsklagen eine traurige Führungsposition ein, gefolgt von Dresden mit 953 und
 550 Chemnitz mit 422¹². Mit der letzten Mietrechtsnovelle wurde die Möglichkeit für Zwangsräumungen
 551 sogar erleichtert. Das muss dringend rückgängig gemacht werden.

552 **Fördermittel für altersgerechten, barrierefreien Umbau bereitstellen!**

553 Seniorinnen und Senioren können heute einen längeren Ruhestand genießen als dies frühere
 554 Generationen vermochten. Die Erfolge in der Medizin, aber auch die allgemeinen Arbeits- und
 555 Lebensbedingungen unserer Zeit tragen dazu erheblich bei. Seniorinnen und Senioren, die heute 65
 556 Jahre alt sind, haben nach diesem statistischen Mittelwert noch 20,9 Jahre (Frauen) bzw. 17,7 Jahre
 557 (Männer) vor sich¹³. Die steigende Lebenserwartung und die längere Zeit, in der die Seniorinnen und
 558 Senioren aktiv und körperlich mobil sind, lässt veränderte Bedürfnisse für die Lebensführung und
 559 somit auch für ein selbstbestimmtes Leben im Alter entstehen. Daran schließt das Bedürfnis älterer
 560 Menschen an, länger selbstständig zu bleiben und in den eigenen „vier Wänden“ zu leben. Dies
 561 erfordert viel stärker als bislang, die Bedürfnisse älterer Menschen in die Planung von Wohnungen im
 562 Neubau und bei der Sanierung und Modernisierung einzubeziehen und das Wohnumfeld einschließlich
 563 der Nahversorgungs- und Mobilitätszugänge entsprechend zu gestalten.

564 Die Wohnbedürfnisse älterer Menschen ändern sich. Nach einer Repräsentativbefragung aus dem Jahr
 565 2006 wollten 17 Prozent der Befragten über 50 Jahre in einem Mehrgenerationenhaus leben. Mit der
 566 Familie oder Kindern in einem Haushalt könnten sich 24 Prozent vorstellen. Alle anderen der
 567 Generationen über 50 Jahre wollten in den verschiedensten Formen in eigener Wohnung, drei Prozent
 568 in Wohngemeinschaft mit Gleichgesinnten leben¹⁴. Damit wächst selbstverständlich der Bedarf an
 569 altersgerechtem Wohnraum und auch pflegegeeignetem Wohnraum signifikant an. Ende 2014 ist die
 570 Sächsische Staatsregierung aufgrund Erhebungen unter kommunalen Wohnungsgesellschaften und

¹¹ Wohnungsnotfallhilfe Lebenslagenenerhebung Bericht 2016. Hrsg. von Diakonie Sachsen, 2016

¹² Antwort der Sächsischen Staatsregierung auf Kleine Anfrage der Abgeordneten Susanne Schaper, Fraktion DIE LINKE:
 „Wohnungsräumungen in Sachsen im Jahr 2015“; Drucksache 6/6046

¹³ Statistisches Bundesamt, Sterbetafel 2013/2015;

<https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Sterbefaelle/Sterbefaelle.html>

¹⁴ Wie kann das Wohnen in Sachsen für Menschen mit niedrigen Haushaltseinkommen dauerhaft gesichert werden?
 Endbericht zum Gutachten zur Gestaltung der Wohnraumförderung, empirica im Auftrag des Sächsischen
 Staatsministeriums des Innern, unveröffentlichter Stand, Februar 2012

571 Wohnungsgenossenschaften von einem Bestand an barrierefreien und barrierearmen Wohnungen von
 572 43.000 Einheiten in Sachsen ausgegangen. Gegenwärtig besteht ein Bedarf an altersgerechtem und
 573 barrierefreiem Wohnraum von ca. 93.000 Wohnungen, der nach Auffassung des VSWG in Sachsen zu
 574 realisieren sei. Geht man von mindestens etwa 700.000 Menschen, die solchen Wohnraum benötigen,
 575 und einer Haushaltsgröße von knapp zwei Personen aus, dann ergibt sich unter Berücksichtigung der
 576 Wohnwünsche ein weit größerer Bedarf an mindestens altersgerechtem, also barrierearmen
 577 Wohnraum. Im Jahr 2009 waren in Sachsen mehr als 131.000 Menschen pflegebedürftig, 67 Prozent
 578 von ihnen wurden zu Hause gepflegt¹⁵. Daraus ergibt sich zum Stand 2009 ein Bedarf an
 579 pflegegeeignetem, zu einem Großteil barrierefreiem Wohnraum von ca. 88.000 Wohnungen.

580 Der Wohnungsmarkt in Sachsen ist nur unzureichend auf diese Entwicklung eingestellt, der Bedarf
 581 übersteigt das Angebot in Größenordnungen. Die bisherigen Förderprogramme sind entweder
 582 unzureichend ausgestattet, aufgrund der Darlehens- statt Zuschussförderung unattraktiv oder zu
 583 wenig bekannt. Zugleich wachsen Altersgruppen mit gebrochenen Erwerbsbiografien in das
 584 Rentenalter vor, was mit einem sinkenden Niveau der Alterseinkünfte einhergeht bzw. gehen wird.
 585 Alleinlebende Durchschnittsrentner*innen in Sachsen können sich gerade einmal eine Kaltmiete von
 586 3,60 €/m² leisten¹⁶. Ein hoher Anteil alter und pflegebedürftiger Menschen, gepaart mit steigendem
 587 Ausmaß an Altersarmut macht Wohnen im Alter zu einer wichtigen sozialen Zukunftsfrage. Für uns ist
 588 klar: Menschen sollen im Alter in ihren Wohnungen bleiben können. Der altersgerechte Umbau von
 589 Wohnungen wird zu einer großen Herausforderung für Sachsen, der wir uns stellen wollen.

590 Damit wird umso vordringlicher, den Neubau- und Sanierungs- bzw. Modernisierungsbedarf für
 591 barrierearmen und barrierefreien Wohnraum in seiner Erstellung für einen großen Teil so
 592 kostengünstig wie möglich gestalten zu müssen. Denn die finanzielle Leistungsfähigkeit der
 593 betroffenen Mieter*innengruppen nimmt ab. Viele können sich Umbaumaßnahmen von einigen
 594 Tausend Euro einfach nicht leisten. Deshalb wollen wir eine Förderung für altersgerechten und
 595 barrierefreien Wohnraum durch das Land, die von der Darlehensverbilligung auf die
 596 Zuschussförderung umstellt und somit bezahlbare Mieten von bis zu maximal 6,50 €/m² nettokalt
 597 ermöglicht. Die vielfältigen Förderprogramme von Kranken- und Pflegekassen, die es außerdem gibt,
 598 für individuelle Um- und Einbauten sowie Anpassungen an die Wohnbedürfnisse, die sich an die
 599 Mieterinnen und Mieter richten, müssen viel offensiver beworben und deren Beantragung nach dem
 600 Prinzip des „einheitlichen Ansprechpartners“ bei den Kommunen gestaltet sein. Wir wollen die
 601 generationenübergreifende Durchmischung von Wohnquartieren stärken und fördern. Deshalb soll
 602 jeglicher Mehraufwand bei der Bauplanung, um dieses Ziel sowie baupreissenkende Maßnahmen zu
 603 erreichen, besondere Förderung durch den Freistaat erfahren. Dieses Prinzip wollen wir in allen
 604 Formen der sozialen Wohnraumförderung verankern.

Entscheidung des Parteitages

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

¹⁵ Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Statistischer Bericht K VIII 2 – 2j/09: Soziale Pflegeversicherung im Freistaat Sachsen - Leistungsempfänger und Pflegegeldempfänger 2009; Kamenz 2011

¹⁶ Wohn(T)räume. Untersuchung zur Bezahlbarkeit des Wohnens in Sachsen. Hrsg. vom Verband Sächsischer Wohnungsgenossenschaften e. V., 2016

DIE LINKE. Sachsen**4. Tagung des 14. Landesparteitages****F. Parteiinterna an die 4. Tagung des 14. Landesparteitages****F.1. Vereinbarung mit den Kandidierenden zur Landtagswahl 2019 als Anlage 1 zum Wahl- und Aufstellungsverfahren**

Einreicher*innen: Sarah Buddeberg, Anja Eichhorn, Luise Neuhaus-Wartenberg, Thomas Dudzak, Mirko Schulze, Bernd Spolwig

Antrag:

Der Landesparteitag möge nachfolgende Vereinbarung mit den Kandidierenden zur Landtagswahl 2019 als Anlage 1 zum Wahl- und Aufstellungsverfahren – beschlossen durch die 3. Tagung des 14. Landesparteitages – beschließen.

Begründung:

Über die Anlage 1 gab es im Vorfeld der 3. Tagung des 14. Landesparteitages erheblichen Debattenbedarf. Um die innerparteiliche Debatte zu ermöglichen und eine gemeinsame solidarische Formulierung zu finden, beschloss der Landesvorstand, die Anlage 1 zurückzuziehen und nach Klärung der 4. Tagung des 14. Landesparteitages vorzulegen.

Im Rahmen der gemeinsamen Sitzung von Landtagsfraktion und Landesvorstand wurde vereinbart, eine gemeinsame Arbeitsgruppe von Landesvorstand und Landtagsfraktion, um einen Kompromiss zur Vereinbarung mit den Kandidierenden zur Landtagswahl 2019 zu entwickeln.

Im Vorfeld der Sitzung dieser Arbeitsgruppe wurden vielfältige Argumente ausgetauscht und Kompromisslinien erarbeitet. Am 22. Oktober 2018 hat diese Arbeitsgruppe beraten und nachfolgenden Kompromiss ausformuliert. Ziel war es, bestehende Strukturen der Zusammenarbeit der Abgeordneten zu sichern und gleichzeitig eine breite parlamentarische LINKE Präsenz im ganzen Land sicherzustellen, ohne im größeren Umfang als bisher Mittel der politischen Arbeit unserer Abgeordneten zu vergemeinschaften.

Der vorliegende Kompromiss schafft genau das, indem er kleinteiliger als bisher die Formen und Zielstellungen solidarischer Zusammenarbeit zwischen Abgeordneten abbildet. Die Hoheit über die Ausgestaltung der gemeinsamen solidarischen Strukturen obliegt dabei weiterhin den Abgeordneten, die dem nächsten sächsischen Landtag für unsere Partei angehören werden. Daher unterbreiten wir dieses Papier als AntragstellerIn der 4. Tagung des 14. Landesparteitages als Beschlussvorschlag.

Entscheidung des Parteitages

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

Anlage 1

Vereinbarung mit Kandidierenden zur Landtagswahl 2019

zwischen dem Landesvorstand DIE LINKE. Sachsen

und der Bewerberin / dem Bewerber _____
für die Landesliste der LINKEN Sachsen zur Landtagswahl 2019

alternativ: für den Direktwahlkreis _____ für die Landtagswahl 2019.

Der/die BewerberIn:

- wird sich an der Kampagne der LINKEN Sachsen im Rahmen der Landtagswahl beteiligen und dabei die Wahlstrategie und die Kommunikationsstrategie mit dem Ziel der Wahrung des einheitlichen Erscheinungsbildes und einer einheitlichen öffentlichen Kommunikation umsetzen. Die Auftritte/Materialien der BewerberIn werden gemeinsam mit den Landeswahlkampfstrukturen und Kreiswahlstrukturen erstellt,
- wird an Beratungen und Trainings- und Schulungsangeboten der Landeswahlkampf- und Kreiswahlkampfstrukturen teilnehmen,
- beteiligt sich am Internetauftritt der LINKEN Sachsen in den sozialen Netzwerken und weiteren Webangeboten im Rahmen des Wahlkampfes,
- ist bereit, ihre /seine Biografie sowie Nebenverdienste zur Landtagsdiät offenzulegen.

Der/die MandatsträgerIn:

- betreut einen Landkreis / kreisfreie Stadt / eine Region als WahlkreisabgeordneteR im Einvernehmen mit dem Landesvorstand. Mein Vorschlag: _____
- die über die Landesliste der LINKEN. Sachsen oder über eine Direktwahlkreis in den Sächsischen Landtag gewählt wird, beteiligt sich an der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag,
- beteiligt sich bis Ende März 2020 rückwirkend an den Wahlkampfkosten der LINKEN Sachsen in Höhe von 2000 Euro an den Landesvorstand der LINKEN. Sachsen. Materialien, die in Wahlkreisen durch die KandidatInnen produziert und finanziert wurden, werden hierbei nicht angerechnet auch nicht zusätzliche Bereitstellung von finanziellen Mitteln vor Ort.
- beteiligt sich beim Nachrücken in den Sächsischen Landtag an der Refinanzierung des Wahlkampfes mit 1/60 der festgelegten Summe pro Monat, die die/der NachrückerIn dem sächsischen Landtag angehört.
- verpflichtet sich monatlich einen MandatsträgerInnenbeitrag in Höhe von 15 Prozent der erhaltenen Landtagsdiät und Funktionszulagen an den Landesvorstand DIE LINKE. Sachsen zu zahlen,
- beteiligt sich an der solidarischen flächendeckenden Sicherung LINKER parlamentarischer Präsenz im Freistaat Sachsen durch
 - gemeinschaftliche Sicherung von mindestens zwei parlamentarischen Anlaufpunkten pro Landkreis/kreisfreier Stadt,
 - solidarische Finanzierung von innovativen Projekten zur Sicherstellung der parlamentarischen Präsenz (bspw. offene Abgeordnetenbüros, Projektbüros oder mobile Wahlkreisbüros) in Absprache mit dem Landesvorstand,
 - gleiche anteilige finanzielle und organisatorische Beteiligung an den gemeinsamen Regionalgruppen der Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE. im sächsischen Landtag in einem Gesamtumfang von monatlich mindestens 5.400 Euro Sachkosten und vier Personalstellen zu 30 Stunden, angelehnt an die Entgeltgruppe E11 des TVöD. Die von

den Regionalgruppen beschäftigten RegionalmitarbeiterInnen stehen allen betreffenden Abgeordneten der Region zur Verfügung. Jede Regionalgruppe hat das Ziel, die parlamentarische Arbeit LINKER Abgeordneter konsequent und ganzheitliche in ganz Sachsen zum Tragen zu bringen. Das bestehende Konzept der Regionalgruppen wird durch die neue Gemeinschaft der Abgeordneten des Sächsischen Landtages evaluiert und über die Schaffung einer neuen Koordinierungsstelle entschieden.

- erklärt die Bereitschaft, sich bei der Einrichtung von Wahlkreisbüros mit dem Landesvorstand abzustimmen und sich an den vom Parteivorstand zu entwickelten Qualitätskriterien für weitgehend barrierefreie Wahlkreisbüros zu orientieren
- zahlt soweit sie/er Mitglied der LINKEN Sachsen ist, einen Parteibeitrag gemäß Beitragstabelle der LINKEN Sachsen,
- legt im Falle der Übernahme eines Ministeramtes ihr/sein Mandat im sächsischen Landtag nieder, sofern ein Landesparteitag der LINKEN Sachsen nicht anderes empfiehlt.
- wird öffentlich über die Höhe der eigenen Diäten, von eventuellen Funktionszulagen und weiteren mandatsbezogenen Einnahmen sowie die Höhe des Mitgliedsbeitrages an DIE LINKE, die Höhe der Spenden an den Spendenverein der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, sowie die MandatsträgerInnenbeiträge informieren.
- wird öffentlich über die Verwendung der Kostenpauschale Rechenschaft ablegen.

Der Landesvorstand der LINKEN Sachsen bzw. die Wahlkampfstrukturen des Landesvorstandes:

- stellen eine reibungslose Wahlkampforganisation in enger Abstimmung mit den KreiswahlkampfleiterInnen sicher,
- stellen in Absprache mit den Kreiswahlkampfstrukturen Wahlkampfmaterialien, wie Plakate, Flyer usw., aber auch Infrastruktur für die KandidatInnen zur Verfügung, die im Wahlkampf unterstützen,
- organisiert gemeinsam mit den Kreiswahlkampfstrukturen Wahlkampfauftritte der Kandidierenden,
- organisiert in Absprache mit den Kreiswahlkampfstrukturen Schulungsmaßnahmen,
- setzt die Wahlkampfstrategie sowie die Kommunikationsstrategie um,
- versucht einen Ausgleich zwischen den unterschiedlichen organisatorischen und finanziellen Voraussetzungen der Kandidierenden herzustellen, so dass alle gleichberechtigt am Wahlkampf der LINKEN Sachsen teilnehmen können.

Mir ist bewusst, dass im Falle meines Austritts aus der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag der Landesverband von mir erwartet, dass ich mein über die Landesliste der LINKEN erworbenes Mandat niederlege.

Ich bin mir bewusst, dass ich zur Erfüllung der in dieser Vereinbarung getroffenen Absprachen verpflichtet bin und erkläre mich damit einverstanden, dass der Landesvorstand einmal jährlich über die Erfüllung der Verpflichtungen vor dem Landesparteitag berichtet.

Jede von dieser Vereinbarung abweichende anderweitige Vereinbarung ist im Einvernehmen zwischen Landesvorstand und BewerberIn zu treffen und bedarf der Schriftform.

Hiermit bestätige ich diese Zusagen durch meine Unterschrift

(Ort), den

Unterschrift



Dieses Arbeitsheft gehört:



www.dielinke-sachsen.de

Impressum

Herausgeber: Thomas Dudzak, Landesgeschäftsführer
Satz: Robert Wünsche
Antragsschluss: 09.11.2018
Redaktionsschluss: 13.11.2018